

Bezugspreis:

Wochenschriftlich 20.- M. monatlich 60.- M. ...

Telegraphen-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 2. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Frankreichs Programm für London.

Paris, 1. August. (WLB.) „Journal des Débats“ schreibt zu den bevorstehenden Londoner Verhandlungen: Es ist nicht möglich, Deutschland eine neue Atempause zu gewähren, wenn nicht endlich eine strenge Kontrolle der deutschen Finanzen erreicht wird.

London, 1. August. (WLB.) Die „Times“ melden: Nach den bisherigen Dispositionen dürfte die am 7. August beginnende Besprechung nicht länger als drei bis vier Tage dauern.

braucht dringend Geld und kann nicht mehr bis November warten. Deshalb beurteilt man die Lage hier sehr ernst, und man befürchtet, daß Frankreich doch noch zu Sanktionen gegen Deutschland schreiten wird.

Friedenskundgebung in Paris.

Paris, 1. August. (WLB.) Eine Reihe pazifistischer und demokratischer Vereinigungen hat gestern abend zum Jahrestage des Kriegsausbruchs eine Kundgebung veranstaltet, zu der u.a. auch der Allgemeine Gewerkschaftsbund (A.G.) Vertreter entsandt hatte.

England besorgt vor Frankreichs Luftflotte.

London, 1. August. (WLB.) „Daily Mail“ teilt mit, daß das Komitee für die Reichsverteidigung beschloffen hat, die Reorganisation von 15 bis 20 Geschwadern zu verlangen.

Börsenspekulation mit Tatarennachrichten.

Gewissenloses Spekulationsgeschäft hat an der Berliner Börse am Dienstag die unglücklichsten außenpolitischen Tatarennachrichten über ein Vorgehen des französischen Ministerpräsidenten gegen Deutschland verbreitet.

Regierungsbildung im Sturm.

Das neue Kabinett Facta.

Der Generalstreik der italienischen Arbeiterschaft wurde unter dem Druck der innerpolitischen Mißstände hervorgerufen, an denen vor allem die Faschisten die Hauptschuld tragen. Die Regierung Facta wird ihre Geschäfte antreten unter Umständen, die keinen Zweifel mehr darüber aufkommen lassen, daß auch einem neuen Kabinett Facta mit der bisherigen Grundlosigkeit keine lange Lebensdauer beschieden ist.

Diese offene Verhöhnung des Staates sollte dem Parlament und der Regierung Anhalt für den einzuschlagenden Kurs geben, um so mehr, als die italienischen Sozialisten von jeher entgegen den Faschisten den Staat bejahen und sich neuerdings grundtätig für die Mitarbeit in einer Linkscoalition ausgesprochen.

Die Ministerliste.

Rom, 1. August. (WLB.) Das neue Ministerium Facta setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Facta, Innerer Senator Ladei, Außenminister Schanzer, Kolonien Ammendola, Meffie oder de Rova, Schatzminister Carotars, Finanzen Bertoni, Verkehrsbau Bertini, Unterricht Amisio, Industrie Rossi, Arbeit de la Sbarba, Krieg Soleris, Marine de Bito, Post und Telegraphen Fucini, Öffentliche Arbeiten Riese, befreite Gebiete Ab. Lucciano, Unterstaatssekretär des Außenministeriums wird Tamarofo, Man spricht von

der Wiedereröffnung der Kammer am nächsten Dienstag. Das neue Ministerium setzt sich aus 3 Katholiken, 3 liberalen Demokraten, 3 Anhängern Rittis, einem Rechtsliberalen, einem Sozialdemokraten und 3 Senatoren zusammen.

Der Generalstreik.

Rom, 1. August. (WLB.) In den ersten Morgenstunden sind über ganz Rom zahlreiche Truppen verteilt worden. Alle Plätze sind militärisch besetzt. Die Beleuchtung der Stadt ist sichergestellt. Die ersten Morgenzüge sind regelmäßig abgegangen. Der Präsident hat den Autoverkehr verboten. Der sozialistische Allgemeine Gewerkschaftsbund von Mailand hat beschlossen, vom Streikausbruch zu verlangen, die Arbeiterschaft Mailands von der Teilnahme am Generalstreik zu befreien da sie erst vor kurzem durch einen zweitägigen Generalstreik gegen die Ausschreitungen der Faschisten protestiert habe.

Offiziös meldet Rom, daß in Florenz, Turin, Genua (außer dem Hafen) Benedig und an anderen Orten die Streikparole nicht oder nur wenig befolgt werde.

Mailand, 1. August. (WLB.) Die Mobilisation der Faschisten ist in Mailand in vollständiger Ordnung durchgeführt worden. Gruppenweise durchziehen Faschisten die Stadt, um die „Arbeitsfreiheit“ zu sichern. Der Vorstand hat allen Mitgliedern verboten, Einzelaktionen zu unternehmen, er verlangt auch absolute Disziplin.

Einfuhrverbot nach Deutschösterreich.

Wien, 1. August. (Eigener Drahtbericht.) Der katastrophale Sturz der Krone hat die Regierung veranlaßt, eine weitgehende Drosselung aller nicht lebenswichtigen Einfuhr auf acht Wochen vorzuschlagen; nur Mehl, Fett, Kohle sollen in dieser Zeit eingeführt werden dürfen. In dieser Zeit, hofft man, wird der geringere Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln die Krone wieder steigen lassen und die Regierung wird inzwischen Maßnahmen zur dauernden Einschränkung der Lufteinfuhr vorbereiten. Die Drosselordnung wird verschärfert.

Die polnische Krise.

Nach langer Dauer dürfte nunmehr die polnische Regierungskrise beendet sein. Dem zum Ministerpräsidenten ernannten Krakauer Universitätsprofessor für Landwirtschaft, also den Agrariern wohlgefälligen Herrn Rowak wird es wohl gelingen, ein Kabinett aus Beamten und sonstigen Nichtpolitikern zusammenzubringen, das ebenso wie frühere seiner Art zuerst angeheißelt, dann unterstützt — und schließlich gestürzt werden wird.

Ein Rückblick auf die letzte Krise, den wir einem polnischen Parteigenossen verdanken, zeigt sonderbare Verhältnisse, vor allem das für Mittel- und Westeuropa ganz ungewohnte Hervortreten des Staatspräsidenten. Als der deutsch-russische Vertrag von Rapallo geschlossen war, wurde in Polen, dem die Russen im Rigaer Vertrag mehr Gebiet überlassen hatten, als Polen selbst erwartete, die Furcht verbreitet, daß der Rapallo-Vertrag dazu dienen werde, in Rußland eine deutsche Rüstungsindustrie zu errichten, mit deren Hilfe dann zunächst Polen überfallen werden und ihm seine Randgebiete abgenommen würden.

Es kam nun zu dem monatelangen Hin und Her darüber, ob die provisorische Verfassung dem Staatspräsidenten oder dem Parlament die Ernennung des Ministerpräsidenten zuweilt; der Ball flog hin und her, bis dann schließlich gar Korfanty als der „starke Mann“ vom Hauptauschuh mit lächerlich geringer Mehrheit aufgestellt wurde, den aber dann wieder die westgalizischen Adligen, die das Jünglein an der Wage bilden, zu Fall brachten, indem sie mit den Sozialisten, der Bauernpartei usw. gegen Korfanty und im Verfassungskstreik für den Staatspräsidenten stimmten. Merkwürdig ist nun, daß die wirklichen Demokraten, nämlich die PPS., sozusagen gegen das Parlament und für den Präsidenten eintraten und dabei, trotz ihrem Kampf gegen die Teuerung, mit den Bauern und Großgrundbesitzern, die die Teuerung machen, zusammenstanden, während die stärkste Bourgeoispartei, die Nationaldemokraten, die als Städtevertreter im Kampf gegen die Teuerung mit den Sozialisten gehen mußten, im Verfassungstreik wie auch sonst meistens ihre Gegner sind.

Wie nun die Wahlen im Herbst ausgehen werden, weiß kein Mensch. Sicher ist nur, daß die soeben beschlossene Wahlordnung die Windergebnisse in brutalster Weise entdreht — nicht nur die Deutschen, Ukrainer, Litauer, sondern vor allem auch die 3 1/2 Millionen Juden. Was die PPS. angeht, so fehlen ihr, entsprechend der geringen Zahl von Industriezentren und dem ganzen Volkscharakter, die festorganisierten Massen der sozialistischen Parteien anderer Länder. Die von Dr. Drobnier in Krakau neugegründete „Nationalistische PPS.“ ist ein bedeutungsloses Grüppchen. Die Kommunisten wären längst verschwunden, wenn man sie nicht in der schärfsten Weise — als Kommunisten und als „Landesverräter“ — verfolgte; Zeitungen dürfen sie nicht herausgeben. Der bekannte „Bund jüdischer Arbeiter Polens und Litauens“ steht in einem sonderbaren Zwielicht. Entsprechend der jüdischen und proletarischen Neigung zum Radikalismus hat sich seine Mehrheit für die Dritte Internationale erklärt, den von Moskau verlangten Ausschluß der menschenwissenschaftlichen Führer jedoch ebenso wie die vier Punkte abgelehnt; jetzt schreiben die Führer des moskautreuen Bundes gegen den Bolschewismus, dessen Anhänger kaum antworten können.

Nicht unbeträchtlich ist die „Nationale Arbeiterpartei“, eine demagogisch-übernationalistische Richtung, der es hauptsächlich auf das Uebertrumpfen der selbst schon reichlich nationalistischen PPS. ankommt.

Die Gewerkschaften haben, ohne die Eisenbahner, eine halbe Million Mitglieder. Polen zeigt den Charakter des Übergangslandes von

Europa zum Osten. Für den Westeuropäer schon „Halbaffen“, ist es trotz der furchtbaren Feuerung im Vergleich zu Sowjetrußland doch ein Paradies. Die Lodzer Textilindustrie arbeitet größtenteils in englischen Gold und stellt z. B. Anzüge her, die über Wien nach dem Balkan, Südamerika usw. gehen, die aber in Mitteleuropa niemand trägt. Die galizische Petroleumindustrie, in der ungeheure Vermögen gemacht wurden, steht unter amerikanischer Kontrolle und produziert lange nicht so viel als sie könnte, um nicht dem amerikanischen Petroleum Abbruch zu tun. Rumänien's Petroleum hat den Vorteil des billigeren Wasserweges und der besseren Verwaltung, wie denn überhaupt die schlechte Verwaltung ein Krebsgeschwür des neuen Palens ist.

Besonders interessant war uns die Bemerkung des polnischen Genossen, daß man in Polen gar nicht ernstlich mit der Zuteilung Oberschlesiens gerechnet hat, so sehr man sie auch verlangte.

**Warschau, 31. Juli.** (W.B.) Heute abend wurde die Liste des neuen Kabinetts amtlich bekanntgegeben: Ministerpräsident Nowak, Innenminister Kramienski, Außenminister Karutowicz, Kriegsminister Sosnikowski, Finanzminister Jastrzemski, Justizminister Ratowski, Landwirtschaftsminister Kaczynski, Eisenbahnminister Jagorony-Warnowski, Post-Telegraphenminister Roszinski, öffentliche Arbeiten Minister Ryzczinski, soziale Fürsorge Darowski, Gesundheitspflege Dr. Chodsko.

Die Sozialisten brachten einen Dringlichkeitsantrag ein, den noch aus der österreichischen Zeit in Galizien bestehenden Ausnahmezustand aufzuheben.

Der Verlauf der Kabinettskrise hat in der Parteigruppierung des Sejm eine gewisse Umgruppierung hervorgerufen, und zwar hat sich eine der größten parlamentarischen Gruppen, die Partei Skulski, die fast zwei Jahre gemeinsam mit der Zentrums-Partei gegangen ist, dem radikalen Flügel der Rechten angeschlossen und gemeinsam mit dieser einen Rechtsblock gebildet. Auf der anderen Seite sind auch auf der Linken Änderungen zu verzeichnen. Im großen und ganzen zerfällt der Sejm in zwei große Häften, in deren Mitte sich ein ganz kleines Zentrum, bestehend aus Verfassungsklub und bürgerlicher Partei, befindet.

Einige Abgeordnete der „Nationalen Arbeiterpartei“ sind aus der Partei ausgestiegen und haben einen Separatklub unter dem Namen „Die Partei der nationalen Arbeiter“ beschlossen.

### Anerkennung der baltischen Staaten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat die baltischen Staaten: Litauen, Lettland und Estland de jure anerkannt. Das Begleitschreiben des Staatssekretärs Hughes an den litauischen Außenminister Prof. Jurgutis legt dar, daß diese Anerkennung keine Anerkennung der amerikanischen Politik Rußland gegenüber einbezieht, sondern nur das einfache Ergebnis der Unabhängigkeitbeweise ist, die die Bevölkerung dieser Staaten, seitdem sie sich von Rußland getrennt hat, geliefert hat.

Diese Nachricht wurde in Rom mit großem Enthusiasmus aufgenommen, vor allem von der litauischen Nationalversammlung, die den Tag der Anerkennung zum Nationalfeiertag erklärte.

**Zusammenstöße in der Slowakei.** In Kaschau hatte die tschechische christlich-sozialistische Partei gemeinsam mit der tschechischen Rechtspartei eine öffentliche Versammlung einberufen, in der gegen die Unterdrückung der Tschechen in Schulfragen protestiert werden sollte. Die zahlreichen tschechoslowakischen Teilnehmer verlangten eine Vertretung im Präsidium, was abgelehnt wurde. Die tschechischen Versammlungsbesucher protestierten dagegen, daß Slowakisch gesprochen wurde. Danach löste der Regierungskommissar die Versammlung auf. Vor dem Gebäude kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die sich später auf dem tschechischen Sportplatz und in verschärfter Weise dann bei einem Umzug der kommunistischen Partei fortsetzten.

Der Sekretär de Valeras, Harry Boland, wurde in Ekkeris verhaftet und dabei durch einen Schuß in den Magen schwer verwundet.

### Die Feier des Verfassungstages.

Der Tag, an dem die Nationalversammlung in Weimar dem deutschen Volke die neue freiheitliche Verfassung gegeben hat, der 11. August, wird feierlich begangen werden. Im Reichstag wird, wie wir schon meldeten, eine Feierlichkeit stattfinden, der Reichspräsident Ebert beiwohnen wird. Alle Reichswehrregimente haben Befehl erhalten, zu dieser Feier Deputationen nach Berlin zu entsenden, die öffentlichen Gebäude haben Flaggenschmuck zu tragen und auf mehreren Plätzen der Stadt werden Militär-Promenadenkonzerte stattfinden. In den Schulen soll auf die Bedeutung des Tages in Schulfeiern hingewiesen werden.

Der preussische Minister des Innern wird anlässlich der Verfassungsfeier an die ihm unterstellten Behörden einen Erlaß richten, in dem allgemeine Richtlinien für die zu veranstaltenden Feiern gegeben werden. Zunächst nimmt der Erlaß nochmals auf die bereits erfolgten Hinweise über das Flaggennutzen und die Behörden zur Pflicht, neben der preussischen Fahne die Reichsfahne zu hissen. Gegen das gleichzeitige Hiszen von Provinz- oder Stadtfahnen hat der Innenminister nichts einzuwenden. Im übrigen werden die Behörden angewiesen, möglichst einheitliche Feiern zu veranstalten und hierzu die Kommunalbehörden, Vertreter der Arbeitgeberorganisationen, der Gewerkschaften sowie der Handels- und Handwerkskammern hinzuzuziehen. Da der im Reichstag eingebrachte Gesetzentwurf, den 11. August als Nationalfeiertag festzusetzen, leider nicht verabschiedet wurde, kommt für die Verfassungsfeier eine allgemeine Arbeitsruhe nicht in Frage. Jedemfalls aber sollen die Behörden ersucht werden, soweit nicht dringende Dienstgeschäfte zu erledigen sind, den Staatsbediensteten weitestgehende Möglichkeit zur Teilnahme an den Verfassungsfeiern zu geben. Ein endgültiger Entscheid in dieser Hinsicht wird noch von dem Preussischen Kabinettsrat gefaßt werden.

### Die Weisen von Zion.

#### Deutschnationale gegen Ludendorff.

Ludendorff hat in dem dritten Band seiner Kriegserinnerungen die Schuld an dem verlorenen Krieg auf alle möglichen Nichtgeneräle, ganz besonders auf die Juden abgehoben. Er hat zu diesem Zweck den blödesten Unsinn abgeschrieben, der in antisemitischen Schriften angehäuft ist, und hat unter diesen ein Buch besonders erwähnt, das er zu den Veröffentlichungen rechnet, „die die Stellung des jüdischen Volkes klar beleuchten“. Dieses Buch heißt „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“ von Gottfried zur Bee und war im Jahre 1921 in Charlottenburg in 5. Auflage erschienen.

In Stresemanns „Deutschen Stimmen“ gibt nun Dr. Rudolf Schneider eine Analyse dieses kostbaren Werks. Es gibt sich als ein Geheimericht vom Baseler Zionistenkongress von 1897, den sich „ein Späher der russischen Regierung“ verschaffte, indem er „einen Juden bestach“. Das Ganze mache den Eindruck, als ob es „von einem sehr ungebildeten Geisteskranken verfaßt“ sei. Z. B. werden einem „Weisen von Zion“ folgende Worte in den Mund gelegt:

Sie könnten einwenden, daß die Nichtjuden voller Erbitterung mit den Waffen in der Hand über uns herfallen werden, sobald sie vor der Zeit entdecken, wie alles zusammenhängt. Für diesen Fall haben wir nur ein letztes, furchtbares Mittel in der Hand, vor dem selbst die tapfersten Herzen erzittern sollen. Bald werden alle Hauptstädte der Welt von Stollen der Untergrundbahnen durchzogen sein. Von diesen Stollen aus werden wir im Falle der Gefahr für uns die ganzen Städte mit den Staatsleitungen, Kammern, Urkundensammlungen und den Nichtjuden mit ihrem Hab und Gut in die Luft sprengen.

An einer anderen Stelle des Buches werden die steinernen Köpfe, die das Haus der Familie R a h e n a u in der Viktoriastraße schmücken, als abgehackene Hohenzollernköpfe bezeichnet, und dazu wird bemerkt:

Wir lassen einen Lichtdruck davon anfertigen, um diese Ungeheuerlichkeit urkundlich festzulegen. Wie oft mag

unser argloser Kaiser die Schwelle dieses Hauses überschritten haben, ohne zu ahnen, was es für einen Wunsch der Mann, den er Freund nannte, für die Zukunft des Hohenzollernhauses begie.

Daß ein solches Opus, an dem gemessen ein ägyptisches Traumbuch noch als wissenschaftliches Meisterwerk erscheint, in Deutschland mehrere Auflagen erleben konnte, muß geradezu Entsetzen erregen. Das sind herrliche Resultate unserer vielgerühmten Schulbildung! Aber das Herr Ludendorff zu solchen Beweismitteln greift, um seine Unschuld an der Katastrophe zu erheben, ist weiter nicht verwunderlich und der geistigen Höhe, die z. B. aus seinem Hofmann-Brief am Sonntag spricht, vollkommen angemessen.

Bemerkenswert ist nur, daß der deutschnationale „Tag“ des Herrn Hugenberg diese Blamage bemerkt, um zum offenen Angriff auf Ludendorff überzugehen. Er schreibt:

Ludendorff hatte in seinem dritten Band über das Buch u. a. gesagt, es mehrten sich in der letzten Zeit die Veröffentlichungen, welche die Stellung des jüdischen Volkes klar beleuchten. Dr. Rudolf Schneider gibt nun in seinem Aufsatz einen Einblick in den Geist dieses Buches. Was er dort aus ihm zitiert, ist für die Beurteilung unseres öffentlichen Lebens so charakteristisch, daß wir glauben, an dieser Veröffentlichung Schneiders nicht vorübergehen zu dürfen. Im Interesse der Gesundheit unserer innerpolitischen Verhältnisse erscheint es dringend notwendig, daß solchen Auswüchsen politischen und religiösen Hasses entgegengetreten wird.

Nachdem der „Tag“ schon zuvor Ludendorff wegen seines Briefwechsels mit Sonntag öffentlich gerüffelt, erteilt er ihm jetzt diese vernichtende Abfuhr. Die ganze Veröffentlichung ist als ein Teil der Aktion zu verstehen, die vom gemäßigteren Flügel der Deutschnationalen gegen die „Böckischen“ unternommen wird. Dabei kann der Kopf des Wurms eben auch nicht verschont werden, wenn auch darüber die deutschnationale Legende zerstört werden müssen. Im Lager der Rechten ist die Götterdämmerung eingetreten!

### „Ein Schwein läßt sich abstecken...“

Jeder politisch Denkende in Deutschland muß unumwunden in diesen Tagen zugeben, daß sich die Reichsregierung in der Lösung der Krise zwischen dem Reich und Bayern der größten Zurückhaltung und Rühigung befleißigt, und daß der Reichspräsident sich alle erdenkliche Mühe gibt, in versöhnlicher Form den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Das Bestreben des Reichspräsidenten nach versöhnlicher Beilegung des Gegensatzes zu Bayern findet bei den zurzeit in Bayern maßgebenden Kreisen, der Bayerischen Volkspartei und der hinter ihr stehenden und sie schließenden Mittelpartei nur Verhöhnung und schroffste Ablehnung, weil man keinen Ausgleich mit dem Reich will.

Soll man noch im mindesten daran zweifeln, daß die jetzige bayerische Regierung, das heißt die Bayerische Volkspartei, eine Beilegung des Konflikts will, sondern ganz bewußt auf diesen Bruch mit dem Reich hinarbeitet, wenn man liest, was der Gründer der Bayerischen Volkspartei, der Bauernführer Heim, in einer Versammlung in Lärnsfeld vor 4000 Bauern ausgeführt haben soll, um die Kräfte zu bannen, die hinter den Kulissen, zum Bedauern der rechtsradikalen Hege, am Werke sein sollen, um bei der Bayerischen Volkspartei die Stimmung zum Umfall vorzubereiten:

„Ein Schwein läßt sich abstecken, aber wir in Bayern wollen uns nicht abstecken lassen wie die Schweine. Eine Politik, die darauf hinausläuft, uns in Bayern das Leben unmöglich zu machen, eine solche Politik will uns abstecken... Ich kann mir keine bayerische Regierung denken, die nicht weiß, daß es um den letzten Rest der bayerischen Selbstständigkeit geht, daß hinter uns, wenn wir wieder nachgeben, der Bolschewismus droht.“

So spricht der führende Politiker Bayerns, dessen Stimmung unumstritten ist. So wird die hinter der Bayerischen Volkspartei stehende Bauernschaft gegen das Reich verhetzt und mit dem Bolschewismus geschreckt.

Eine vernünftige Aenderung. Der Bahnhofspatz in Frankfurt a. M. wird künftig den Namen „Platz der Republik“ erhalten.

### Vom Brandenburger Tor zum Reichstag

Von Karl Kruse.

Am Brandenburger Tor. Eine Kompagnie Reichswehr mit Musik. Irgendem Marsch. Die Soldaten selbstmarschmäßig. Mit Stahlhelm, Tornister und Gewehren.

Ausgerichtet! Ganz genau ausgerichtet! In Gruppenkolonne. Gruppenkolonne! In aller Ehren geht noch das Wort: „Gruppenkolonne“. Für das Vaterland!

Genau ausgerichtet, wie mit dem Lineal. Die Mündungsdeckel blitzen im Sonnenschein. Eins so hoch wie das andere. Wie oft! (Der dritte Mann im ersten Glied auf den Kolben drückt!) Der dritte Mann drückt. O glorreiche Zeit!

Unter den Stahlhelmen schweißige Gesichter. Und die Menschen, am Brandenburger Tor. Sie laufen mit. In Haufen. Sind von der Psychose des Militarismus gefangen. Jung und alt! Alles läuft. Und Sonntag war der 30. Juli!

Aber die Menschen marschieren im Takt. Und sind gefangen. Nehmen die Spazierschritte über die Schulter und nehmen die Spitze vor der Musik.

Die Mündungsdeckel blitzen! Berbergen den gemundenen Lauf des Gewehres. Neben mir ein Ententesoldat! Er schaut auf das Kinderspiel. Und lächelt. Ein Herr stößt ihn in den Rücken und sagt: „Hach, Sie, das ist imponierend!“

Der Soldat lächelt. Ich öffne den Mund, um etwas zu sagen, da sieht der Herr mein schwarzrotgoldenes Bändchen im Knopfloch. Er schneidet mit einer triumphierenden Geste meine Antwort durch: „Sie sind auch so einer!“

Der Soldat lächelt. Ich sehe ihn an. Er lächelt. Und sagt: „Wie kindisch, wann wird der Spuk drüben und hier enden!“ Der Herr ist längst wieder weiter und läßt Republikaner und Ententesoldaten in den Rücken!

Der Soldat und ich gehen zum Reichstag. Hoch oben auf dem Dache schwankt an der Fahnenstange eine Leiter. Ein Mann steht darauf und schafft die Krone von der Stange. Schwarz und klein hängt er unter der pompösen Krone. Dann hebt sie sich und schwebt in einem Fischenzuge auf das Dach. Der Mann klettert herunter.

Kein Mensch schaut zu. Sie laufen der Parade nach. Nur der Soldat und ich sehen hinauf. Es gehört mehr Mut dazu, die Krone von der Stange herunterzuholen, als Soldaten in den Rücken zu knuffen.

„So lange wirs dauern, bis die Kronen vom Hause des Volkes verschwunden sind!“ Wir drücken uns die Hände und gehen auseinander. Verständigung!

„Hach, das war imponierend!“

Hundstagsbühnen in den Kammerpielen. Obwohl die Pariser Herren Denis Arnel und André Obey in ihr mageres Talent noch Jbsen, Cardou, Strindberg und das Kaspertheater des Grauens hineinstopfen, gelingt ihnen nur ein sehr dünnes Stücken von zwei Akten. Die Intrige ist ganz oberflächlich eingefädelt, obwohl zum Schluß eine unglückliche Frau niedergeknallt wird. Diese Dame möchte mit dem geladenen Revolver, der sie selber trifft, den Gatten ins Jenseits befördern, der ihr Quälgeist ist. Der Gatte glaubt sich nämlich nicht nur den Herrn im Hause, sondern auch den Allererhöchsten und er merkt gar nicht, daß er dabei ein Teufel wird, in dessen Gehirne die Blutegel eigentlich sehr moralisch untergebracht wäre. Da nun die bessere Hälfte der kleinen Tragödie verschöffen wird, entwickelt sich so etwas wie eine Ironie des Schicksals. Die Pariser Herren sind wahrscheinlich sehr stolz auf dieses Zwinkern ihrer weisheitlichen Augen.

Werner Krauß erhielt eine Paraderolle, er parodierte sie aber. Denn er überpichte die Boshaftigkeit des Chetyramen. Viva Poffen hat ihn, verrät und unfeilig, zu unterlegen. Sie stich den Ton aber zu einer tragischen Höhe, die nicht in die Realität des Spiels passen mochte. Man freute sich, Frä. Parzen in einer Vaudeville zu begegnen, nachdem allerhand Komödiantenumwege sie allzu wichtig ins Tragische hineingekleidet hatten.

Am die Schmächtigkeit der französischen Tragödie vor der „Wächenden Frau“ auszufüllen, spielte man ein mihiges Fräulein, Alfred Polgars und Armin Friedmanns „Talmas Tod“. Napoleons großer Schaulpieler lebte nicht nur als ein Heros der Säminte und verlogenen Majestät. Er starb auch so. Und dieses Sterben wird nuancieren, wann auch nicht immer sehr theatergewandt, auf der Bühne gezeigt. Herr Janßen spielte den Talma. Die Kulissenvirtuosität ist nun eigentlich nicht seine Sache, und darum hatte er auch nur fesselnde Augenblicke. Den einheitslichen Zug dieser Brouverolle sah er nicht. m. h.

Theater des Westens: „Die heimlichen Bräute“. Sommeranfang, d. h. Einstellen kritischer Regungen. Nichts weiter ist gewünscht als das Vortäuschen länger warmer Abende. Dazu reicht der lang geratene, aber mit Buffolzenen gefüllte Scharwan aus. Will Kaufmann ist der Verfasser, dem Will Steinberg die Refrainleserte. Unter Wille, gutes Gelingen. Will Kaufmann singt die Hauptrolle, sehr angeregt, jugendlich, mit anstehender Beweglichkeit und ohne Spur von Stimme. Er führt auch Regie; und hat womöglich auch die Musik geschrieben (für die ein Pseudonym zeichnen), denn es ist nicht einzusehen, warum ein leidlich orientierter Operettenhörer, ein Bar- und Cafésbesucher nicht so etwas aus dem Handgelenk schüttern könnte. Nur ist der Komponist bei der Suche nach oder gangbarer Friedensware ein bisschen zu sehr ins romantische Kinderland, ins Weichliche und Sentimentale geraten. Aber auch der Tanz kommt nicht zu kurz. Singen kann hier überhaupt niemand und eine eigentliche Soubrettenpartie fehlt. Daß die gute Laune anhält, dankt man neben dem charmanter Direktor der für Besseres geschaffenen Kunst von Gisela Schneider-Rissen, dem trockenen Berliner Humor des Vortellers Senius. Melitta Krieger und Bertel Spanier, die beiden doppelte geliebten heimlichen Bräute, machten durch Tanz und Spiel gut, was ihr Gesang verlor. Ueberhaupt sahien das Stück am lustigsten, wenn die Musik nicht tönte. Wie wär's mit einem Strich durch die ganze sogenannte Partitur? R. S.

Reichsverrat gegen den Schundschriftenhandel. Zusammen mit anderen Vereinigungen plant die Hauptstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur (Berlin W. 8, Unter den Linden 4) für den Herbst dieses Jahres einen Reichsverrat gegen den Schundschriftenhandel. Als Unterlage für dieses durch die Rechtsprechung gebilligte Vorgehen wurde kürzlich in großen Massen eine Reichsdruckliste verbreitet mit 123 der gefährlichsten Schundheften. Die Hauptstelle hat sich um Mitarbeit an sämtliche Kultusministerien, Regierungen, die Magistrats aller Städte über 20 000 Einwohner und an eine Reihe großer Verbände gewandt.

Es sollen nun zunächst in allen Orten die Schundschriftenhändler festgestellt und veranlaßt werden, den Vertrieb von Schundheften aufzugeben und sich auf den Verkauf guter, billiger Heften umzustellen. Dazu werden ihnen Verzeichnisse guter Literatur vorgelegt, die nach Landschaft und Weltanschauung verschieden schon zahlreich vorliegen. Die Ausstellung einer Reichsliste guter, billiger Jugendliteratur ist geplant. Wird auf diesem Wege nichts erreicht, dann tritt die Berufserklärung ein, die rechtlich zulässig ist. Alle Händler, die trotz der Aufforderung den Handel mit Schund nicht unterlassen, werden von den örtlichen Kampfstellen auf Verursachern gesetzt, und Eltern, Lehrer und die Jugend werden aufgefordert, in diesen Geschäften nichts mehr zu kaufen. Als Schundkampfwochen für das Reich ist die dritte Oktoberwoche (15. bis 22. Oktober) dieses Jahres bestimmt worden. Der Kampf muß überall zugleich mit derselben Wucht einsetzen und durchgeführt werden.

Magistrate, Elternvereine, Jugend- und Volkshilfsvereine, Parteiorganisationen, Gewerkschaften, Volkshilfsvereine, Eltern und Lehrer werden aufgefordert, sich an diesem Kampfe zu beteiligen und die örtliche Arbeit mit Nachdruck zu betreiben. Etwa drei Milliarden Schundhefte sind heute in Deutschland im Umlauf. Es muß gelingen, durch gemeinsames Vorgehen dieses volk- und jugendverderbende Gift auszurotten.

Ferienleben im Zell. Der Turnerverband von Schöonen hat am Ufer des Ringsees, in einer der schönsten Gegenden Südschwedens, ein großes Turnlager für tausend Volksschüler aus 72 Schulen, Mädchen wie Knaben, aufgeschlagen. Die Kinder führen hier unter Aufsicht ihrer Lehrer und Lehrerinnen ein ideales Sommerleben. Das Lager umfaßt 100 Zelte und ist in zwei Reihen aufgestellt, von denen die eine Reihe für die Knaben, die andere für die Mädchen bestimmt ist. Für Zeitvertreib ist durch sportliche Spiele genügend gesorgt. Die Verpflegung haben sechs Küchenmagen des Infanterieregiments von Schöonen, zu denen zwanzig Mann Bedienung gehören, bereitwilligst übernommen. Auch Kerze und Krankenschwestern sind dem Zeltlager zugeteilt; für die Aufgelderhaltung der Beziehungen zu den Elternhäusern sorgt eine „Goldpost“. Die Idee, Volksschulkindern ein gesundes Ferienleben zu ermöglichen, hat weit und breit tätigen Anklang gefunden, sowohl die Stadt Malmö wie kleinere Gemeinden und Private haben beträchtliche Summen dafür gestiftet.

Das Gehirn der Bienen. Die schwierige Herstellung mikroskopischer Gehirnpräparate bei Insekten hat es mit sich gebracht, daß man erst spät dazu kam, die Gehirne dieser Tiere als Maßstäbe für die Intelligenz zu verwenden. Bei den Bienen ist dies aber nun durch langjährige Forschungen geschehen, und über die Ergebnisse

# Der Turm der Konsumenten.

## Die Eigenfabrikationen der GGG.

Nach den gewaltigen politischen Umwälzungen, die sich nach dem militärischen Zusammenbruch 1918 in Deutschland vollzogen, erlebte der Zentralverband und die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine im November 1918 gemeinsam einen Aufruf „An die Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“. Der 16. ordentliche Genossenschaftstag, der im Juni 1919 in Hamburg tagte, schloß sich der in diesem Aufruf niedergelegten grundsätzlichen Erklärung an, daß Demokratisierung und Sozialisierung unseres Staatswesens dieses auf die Grundlagen der auf rein demokratischer Selbstverwaltung beruhenden, den persönlichen Gewinn ausschaltenden Gemeinschaftsarbeit der Konsumgenossenschaftsbewegung stellen und den Genossenschaftsgedanken zum leitenden Gedanken der künftigen Staatsordnung machen würden“.

### Zwei Großeinkaufsgesellschaften.

Demgegenüber steht jedoch die Tatsache, daß nach der politischen Neuordnung eine gewaltige Konzentration des Privatkapitals stattgefunden hat, daß stetig durch weisere Kapitalerhöhungen Leistungen und Einfluß zu vermehren eifrig und erfolgreich bemüht ist. Er stehen sich hier als Gegner gegenüber auf der einen Seite der übermächtige, stark organisierte Erzeuger und Rohstoffbesitzer und auf der anderen Seite die gesplitterten und daher machtlosen Verbraucher. Die Konsumgenossenschaft bietet der tatsächlichen Grundlage zu einer Umkehrung des kapitalistischen Wirtschaftsprogramms, und dabei handelt es sich heute erst um Anfänge. Für die Konsumgenossenschaften ist die Leistungsmöglichkeit bei weitem nicht erschöpft, denn was bedeutet ihre bisherige Entwicklung gegenüber der Tatsache, daß jeder Mensch tagaus, tagein Verbraucher ist, gegenüber der unausdenkbaren Macht, die durch die allmächtige Einbeziehung der Masse dieser Verbraucher geschaffen werden könnte? Es ist eine alte Erfahrung, daß in Zeiten wirtschaftlicher Not der Genossenschaftsgedanke den besten Anklang fand. In Zeiten wirtschaftlicher Not entstand die Genossenschaftsbewegung in England und in Deutschland, entstanden gewerbliche und landwirtschaftliche Genossenschaften. Für den organisierten Konsum errichteten die britischen Großeinkaufsgesellschaften bisher ca. 160 eigene Fabriksbetriebe, erworben Kolonialbesitz in fast allen Erdteilen. Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg, kurz GGG, genannt, unterhält zurzeit 18 Eigenbetriebe, also erst den 10. Teil der Eigenproduktion der englischen Großeinkaufsgesellschaften. Die englische Großeinkaufsgesellschaft beschäftigt in ihren Betrieben ca. 40 000 Arbeiter und Angestellte, die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine demgegenüber nur ca. 3000 Personen. Großbritannien ohne Kolonien zählt ca. 43 Millionen, das fertige Deutschland ca. 60 Millionen Einwohner. Sehr viel Luftraumarbeit in genossenschaftlichen Dingen gibt es in Deutschland noch zu leisten, um nur annähernd den Stand der Entwicklung zu erreichen, wie die britische Genossenschaftsbewegung. Von den im Jahre 1921 in Deutschland rund 45 000 eingetragenen Genossenschaften waren nicht weniger als ca. 34 000 landwirtschaftliche Genossenschaften.

### Genossenschafts-Seife.

In einer im Februar d. J. tagenden Versammlung kleineren Umlanges, in einer norddeutschen Großstadt referierte ein Genossenschaftler und geistliche in seinen Ausführungen das mangelnde Interesse der deutschen Arbeiter für die Förderung der genossenschaftlichen Eigenproduktion. In der Aussprache bemängelte ein Redner die nach seiner Meinung geringe Propagandabildigkeit der Konsumgenossenschaften und der Großeinkaufsgesellschaft im besonderen, indem er u. a. ausführte: „Das weiß doch kein Mensch, daß wir eigene Seifenfabriken haben, das müßte doch bekannt gemacht werden!“ Leider ist diese Unwissenheit keine Einzelerkenntnis. Tausend und aber Tausend Lohn- und Gehaltsempfänger laufen mit verbundenen Augen durch die Weltgeschichte, stimmen für und fordern gelegentlich die Sozialisierung der Wirtschaft, um den Kapitalismus zu bekämpfen und zu bekämpfen und Tag für Tag unterstehen sie die privatkapitalistische Wirtschaftsweise durch gedankenloses Handeln. Als im Jahre 1899 führende deutsche Gewerkschafter ihre Studien-

reise durch die britischen Genossenschaftszentren beendeten, erklärten sie für die deutsche Genossenschaftsbewegung als erstrebenswertes Ziel: „Wir wollen planmäßig zur Eigenproduktion übergehen; der einzelne Verein produziere in der Regel nur, was am Platze hergestellt werden muß, die übrige Produktion aber betreiben wir gemeinschaftlich durch unsere Großeinkaufs-Gesellschaft.“

Im Jahre 1910 konnte die GGG nach Überwindung vieler Schwierigkeiten aller Art ihren ersten modernen und leistungsfähigen Großbetrieb, die Seifenfabrik in Gröba bei Riesa (Elbe) eröffnen, und Anfang 1915 konnte die zweite große und ebenfalls musterartig eingerichtete Seifenfabrik der GGG in Düsseldorf am Rhein in Betrieb gesetzt werden. Die Umsatze der an selbsthergestellten Seifenfabrikaten beliefen sich in den letzten Jahren:

	1919: M.	1920: M.	1921: M.
Seifenfabrik Gröba . . .	9 610 798,81	71 918 490,21	80 240 918,27
Seifenfabrik Düsseldorf . . .	3 679 289,99	87 066 390,90	48 810 581,70
	13 290 028,80	168 984 820,11	129 051 444,97

Werte im Betrage von ca. 130 Millionen Mark erzeugten die beiden Seifenfabriken der GGG im Jahre 1921. In allen Konsumvereinen, die dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, gelangen die Seifenfabrikate und Waschlappen der GGG, darunter das bekannteste „Famos“ zur Verteilung.

### 18 großindustrielle Betriebe.

Dennoch ist die Zahl der deutschen Verbraucher gewaltig groß, die nicht wissen oder auch nicht gewußt haben wollen, daß die organisierten Verbraucher eigene Seifenfabriken haben. Fragt sie nach Äste Rielen oder Hennig Porten, Ihr könnt überzeugt sein, von deren Ruhm weiß man mehr, als von den segenspendenden gemeinnützigen Eigenunternehmungen der deutschen Konsumgenossenschaften. Oder wissen die gewaltigen Konsumentenscharen der Beamten, Arbeiter, Angestellten, Kleinrentner, Kreisbeschäftigten und Kriegerewitwen, daß die GGG bereits eigene Weberei- und Konfektionsbetriebe in Oppach in Sachsen hat? In Gröba hat die GGG außer den zwei Seifenfabriken eine Teilwarenfabrik, eine Rostrichfabrik und eine Kistenfabrik, in Altona eine Zuckerman- und Schokoladenfabrik, in Lauenburg an der Elbe eine Zündhölzchenfabrik, in Schönheide im Erzgebirge eine Bäckereifabrik, in Dortmund eine Holzindustrie, in Altona Fischindustrie und in Westmünde Fischverand, ferner in Hamburg, Frankenberg i. Sa. und Hohenheim in Baden Zigarrenfabriken, in Stuttgart eine Zigarettenfabrik, in Hamburg eine Rauchtabakfabrik und in Nordhausen jene GGG-Kautabakfabrik, über die der „Vorwärts“ vor einiger Zeit eine eingehende Schilderung gebracht hat. Zusammen sind das 18 großindustriell-genossenschaftliche Eigenproduktionsbetriebe. Ein solcher gewaltiger genossenschaftlicher Produktions-Eigenbesitz ist doch anzuschlagen, aber es ist noch lange nicht genug. Es ist ein Anfang, den die Genossenschaftler mit Würdigen wissen als die eigenen Anhänger. Es ist das Fundament eines gewaltigen Turmes, der einst stolz in die deutschen Lande ragen soll.

## Das Milchelend.

### Im Winter voranschätzlich 25 Mark das Liter.

Das Milchelend Berlins ist im Steigen. Die Klagen, die besonders in der jüngsten Zeit über die Milchversorgung in Groß-Berlin laut geworden sind, gaben dem Direktor des Milchamtes Veranlassung, vor Pressevertretern den heutigen Stand der Milchversorgung der Reichshauptstadt und der Preispolitik darzulegen. Er führte dabei etwa folgendes aus:

Für Groß-Berlin ist die Milchversorgung zentral geregelt im Städtischen Milchamt Groß-Berlin. Die Geschäftsführung geschieht durch den „Milchwirtschaftsbetrieb“, der seine Geschäftsräume in den Gebäuden der Metzerei Bolle in Alt-Neukölln hat, ohne indes mit dieser Firma heute mehr etwas zu tun zu haben. Vor-

dem Kriege wurden in Berlin einschließlich der Kuhhaltungen in der Stadt selbst täglich etwa 1 400 000 Liter Milch verbraucht. Heute werden in Berlin etwa 100 000 Liter Milch erzeugt, 365 000 Liter eingeführt. Auf dem Lande ist die Milch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft bekanntlich frei. Jedoch regelt eine Milchverordnung vom 30. April 1921 die Milchversorgung in den Städten von Reichs wegen.

Am Anfang dieses Jahres hatte der Reichstag für die schwierigen Monate vor der Grünfütterernte einen Betrag von 400 Millionen Mark zur Verbilligung der Milch in den Städten bewilligt; von dem Betrage entfielen 49 1/2 Millionen Mark auf Berlin. Davon beschaffte die Stadt Berlin zum Teil Kraftfüttermittel für die in Berlin ansässigen Kuhhaltungen, das übrige Geld wurde zugesprochen zur Herabminderung des Preises für die eingeführte Milch. Um nicht vier verschiedene Milchpreise zu haben, wird die in Berlin erzeugte Milch, was den Preis anbetrifft, nicht anders behandelt als die vom flachen Lande eingeführte. Aber natürlich ist die Erzeugung der Milch in einer Großstadt wie Berlin unendlich teurer als auf dem Lande. Dabei kostet heute bereits eine gute Milchkuh 40 000 M. Solange die Barmittel des Reiches für Groß-Berlin zur Verfügung standen, wurden den Berliner Kuhhaltungen pro Kuh und Tag bestimmte Futtermengen vom Milchamt übergeben, wofür der einzelne Kuhhalter von jeder Kuh bis heute 3 1/2 Liter Milch zur öffentlichen Bewirtschaftung abliefern muß. Diese liefert er entweder direkt an versorgungsberechtigte Milchbezieher oder an Milchgeschäfte, die in der übergroßen Zahl von 4500 die Milchverteilung über Groß-Berlin, abgesehen von dem Wagenbetrieb der Firma Bolle, durchführen und denen vom Milchamt entsprechende abgefüllte Tafelmilch zum Betrieb übergeben wird. Bis zum 1. Mai erhielten die Kuhhalter außer Futtermittel noch einen Barzuschuß, seitdem sind diese Geldmittel jedoch erschöpft. Zurzeit werden die Berliner Kuhhaltungen noch von den städtischen Mieselgütern zu billigen Preisen mit Grünfütter befördert. Aber es steht zu befürchten, daß der Milchpreis im Winter auf 25 M. für das Liter steigen wird, da keine Gelder mehr vorhanden sind, um eine Verbilligungsaktion durchzuführen zu können und selbstverständlich auch die freie Milch zugunsten der Milch für die Versorgungsberechtigten nicht weiterhin befristet werden kann.

### Billigere Seefische.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin gibt an den Anschlagkäulen wieder diejenigen Geschäfte bekannt, in denen jetzt wöchentlich unter seiner Mitwirkung durch die Organisationen der Berliner Fischhändler preiswerte Seefische verkauft werden sollen. Es werden abgegeben: Schellfisch zum Preise von 15 M., Seelachs (ohne Kopf) im ganzen zu 15,50 M., im Ausschmitt zu 16,50 M., als Fischkotelett zu 17,50 M., Goldbars (ohne Kopf) zu 16 M. je Pfund. Zum Verkauf kommt nur Ware bester Qualität. Vergleicht man die angegebenen Preise mit den gegenwärtigen Fleischpreisen, so kann der Bevölkerung der Bezug dieses hochwertigen Nahrungsmittels nur dringend angeraten werden. Die Verkaufsstellen erstrecken sich über ganz Berlin, also auch über die ehemaligen Bezirke. An den Anschlagkäulen werden nur diejenigen Geschäfte bezeichnet, welche für den betreffenden Ort gerade in Frage kommen. In dieser Woche findet der Verkauf ausschließlich heute, und zwar überall in der Zeit von 9—1 Uhr, statt.

### „Kostenlose Pflegetellen“.

#### Eine Warnung der städtischen Schuldeputation.

In neuerer Zeit wird, wie die städtische Schuldeputation mitteilt, durch Inerzite und auf andere Weise die Vermittlung kostenloser Pflegetellen auf dem Lande für erholungsbedürftige Großstadtkinder angeboten. Als Vermittler treten Erich Heims und Emil Madjak, Berlin-Neukölln, Saalestr. 8, auf. Für die Verwicklung wird von den Genannten im voraus eine Vermittlungsgebühr von 800 Mark gefordert. Die Eltern werden vor derartigen Anpreisungen gewarnt. Gegen Heims schwebt bereits ein Strafverfahren wegen Betrugs. Die Leiter und Leiterinnen der Gemeinde- und Mädchen-Mittelschulen sind hiervon in Kenntnis gesetzt mit dem Ersuchen, die Kinder zu warnen und auf das Schädliche dieser Vermittlungen hinzuweisen.

## Der Ruf durchs Fenster.

68] Roman von Paul Franck.

(Schluß.)

Ich frage Sie nun, meine verehrten Anwesenden, ob es eigentlich ein Wunder ist, daß einer, der kein eigentlich Kranker, der bloß verdammt ist, tausend Menschen zu sein, tausend Seelen aufzunehmen und seine eigene dabei zu verleugnen, ich frage Sie, ob man sich darüber wundern darf, wenn dieser arme, beklagenswerte Schauspieler eines Tages, eines Abends, wenn Sie wollen, nicht mehr erwacht. Wenn er nicht mehr imstande ist, aus der Rolle, aus dem Schein ins wirkliche Leben zurückzufinden. Wenn ihm die Klarheit fehlt, zu bedenken, daß er eigentlich ein ganz anderer ist, einer, der er nur abends zwischen sieben und zehn Uhr zu sein hat, weil ihn dazu seine kontraktliche Verpflichtung verhält. Ist es ein Wunder, frage ich zum drittenmal, wenn ein Schauspieler, einer zumal, der mehr als zwanzig Jahre in seinem Beruf steht, über Nacht gleichsam zusammenbricht, nicht mehr die Kraft besitzt, so weit sich zu erheben, daß er in den Alltag zurückfindet? Albert Reuß ist in seiner Garderobe im Deutschen Theater geblieben, vor ihm ist das ausgelegene Rollenheft gelegen. Er hat sich angekleidet, hat das Kostüm des Reichthor Krafft angelegt, Maske gemacht und sich ganz und gar in den Charakter verliebt, den er in den nächsten Stunden darzustellen hatte. Er hatte sein eigenes Ich vergessen, bestand sich infolge seines abnormen Zustandes in jenem dunklen Reich, dessen Grenzen zwischen Diesseits und Jenenseits verschwimmen — und hörte sein Stichwort!

Es begab sich nämlich, wie im Laufe der Untersuchung inzwischen festgestellt werden konnte, das Wunderbare, daß dieses Stichwort nicht auf der Bühne, sondern draußen auf der Straße fiel und zu Albert Reuß durch das offenstehende Fenster in seine Garderobe flog.

In den Anlagen hinter dem Deutschen Theater hat die von dem eiferfüchtigen Studenten Stanislaus Dmochowoff bedrohte Erika Diefz zweimal um Hilfe gerufen. Albert Reuß hat diesen Ruf, der gleichsam mit seinem Stichwort ist, vernommen, und seine schauspielerische Disziplin ließ ihn gehorchen, so daß er nicht zögerte, die Garderobentür öffnete und nicht mehr Albert Reuß, sondern der „Werwolf“, hinausstritt in die fremde Stadt.

Wir haben es bisher für selbstverständlich gehalten, daß ein Mime nach Schluß der Vorstellung seine bunten Kleider auszieht und die Farbe von seinem Gesicht wäscht. Wie wir durch den Fall Reuß belehrt werden, muß das nicht ganz so einfach bleiben, wie wir gute Bürger uns das vorzustellen belieben. Die Seele läßt sich nicht ohne weiteres abschminken, nicht nach Guldunkten mit einem Tuch blankputzen. Nicht immer oder doch nicht zu allen Zeiten. Nun, da das Verschwinden des Schauspielers Albert Reuß aufgeklärt, da seine Person gefunden und alle Hoffnung vorhanden ist, daß wir dank der vorzüglichen Pflege, die er erhält, mit seiner baldigen Genesung rechnen dürfen, war es mir Herzensbedürfnis, den Fall, der seine Bedeutung weit über den Tag hinaus behalten wird, ins rechte Licht zu setzen.

21.

### Feuilleton.

#### Wiederauftreten Albert Reuß.

Der profunde Schwindel des Theaters mit seinem Jahrmarkt der Eitelkeiten und Nüchternheiten wird geachtet und verflucht durch das hohe Maß edelster Menschlichkeit, das sich ganz selten einmal hinter Maske und Schminke verbirgt und das der Masse gebieterische Achtung, Wertschätzung und Bewunderung abfordert, die zu keinem anderen Zweck gekommen ist, als sich lustig zu machen und belustigt zu werden. In wenigen Exemplaren sind jene Künstlermenschen vorhanden, die ihren Beruf allem Amerikanismus zum Trotz, dem es mittlerweile gelungen ist, die letzten der übriggebliebenen Ideale zu zertrümmern, noch als Sendung auffassen. Aber auch diese schmale Anzahl fehlt der wahre Kunstfreund schwinden, ohne daß er imstande wäre, etwas anderes zu tun, als ins Unabänderliche sich zu fügen. Er beklagt es, daß so gar kein Nachwuchs sich zeigen will, er stellt bedauernd fest, daß er mit seinen Anschauungen in diese Zeit nicht paßt, und er begreift es darum besser als andere, daß die Männer und Künstler, die in diesem Sinne geartet und geschaffen, die nach solchem Maß geschnitten sind, aus einer leeren Welt schlechden, die ihnen nichts zu geben hat und der sie nichts zu sagen haben, weil sie sie nicht verstehen würde.

„Er war unser . . .“ pflegen dann die Hinterbliebenen zu sagen, und der Stolz, daß er, den sie eben aus ihrer Mitte verloren, verjagt, zu ihnen gehört hat, der doch dort zeitweilig ein Unverständiger, ein Fremder gewesen ist, meldet, da der am Fuß des Grabhügels Gepriesene sich nicht mehr zur Wehre setzen kann, sich zum Wort.

Als uns vor sechs Monaten beiläufig die Kunde erreichte und erschütterte hat, daß Albert Reuß vermutlich nicht mehr wiederkehren werde, mag manch einer, der es viele Jahre hindurch nicht gewußt oder kaum gefühlt, welche teurer Besitz dieser Mann uns gewesen, solange er vor uns, mit uns gewirkt, erkannt haben, was er eigentlich verloren hat. Nun ist es aber glücklicherweise besser gekommen. Reuß hat uns nicht verlassen, er hat nur eine längere Reise unternommen, ist nun aus jenem dunklen Reich, das keinen gern wiedergibt, zurückgekehrt und ist gestern zum erstenmal nach langer Krankheit wieder auf der Bühne erschienen, vom Jubel einer treuen Gemeinde begrüßt, die hoffentlich nicht nur dem sensationellen Anlaß zuliebe erschienen ist, sondern die es mit ihren Beifallsbezeugungen und Teilnahmebeweisen ehrlich gemeint hat.

Der Genesende hat den Rubel in Henrik Ibsens Alterswert „Bena wir Toten erwachen“ gespielt, und der Titel der edel erklingenden von Albert Reuß im Verein mit den übrigen Mitwirkenden zu großer Wirkung gesteigerter Dichtung schwebte während des ganzen Abends, ein leuchtendes Symbol, gleichsam über seinem eigenen Haupte.

Ich kenne diesen Schauspieler ganz genau und bin Zeuge fast aller seiner Schöpfungen gewesen; wer angstvoll-zweifelnd ein Nachlassen der Kraft oder gar einen vom Stichtum Gebrochenen zu sehen fürchtete, der ward im Verlauf der ersten Szenen gründlich eines Besseren belehrt, da der gestrige Abend, dessen Einzelheiten der vorgerückten Nachtstunde wegen erst morgen eingehend gewürdigt werden können, nach dem letzten Triumph als Barmherzig eine abermalige Steigerung bedeutet. Es ist einem, als ob Reuß verwandelt wiedergekehrt sei: er hat seine Kraft wiedergewonnen, aber auch sie ist nicht die von einst geblieben: sie hat sich nicht in die Höhe, sondern in die Tiefe entwickelt, aus Kraft ist Geist geworden, edelste Sublimierung, und in seinen Augen brennt ein mildes Feuer, das man früher dort niemals gesehen hat. Wir wollen uns freuen, daß der Künstler eine böse Rippe hinter sich gebracht und eine Krise überstanden hat, die, wenn wir recht bedenken, in jedem echten Künstlerleben zu finden und die nicht allein eine Prüfung, sondern zugleich auch ein Vorrat jener Begnadeten ist, deren Leben nichts anderes als stetige Entwicklung bedeutet, die keinen Stillstand und keine Ruhe kennen.

Albert Reuß ist reicher geworden und hat seinen Rollenkreis erweitert. Mit dem Rubel hat er den Anfang gemacht; wir aber wollen die kommenden Dinge dankbar und vertrauensvoll erwarten.

Franz Sermian.

### Geständnis eines Mörders.

#### Die Berliner Geldbriefträgermorde vor der Aufklärung.

In Dresden wurde kürzlich der Buchmacher Wilhelm Blume, der dort in der Töpferstraße wohnte, durch die Polizei verhaftet, wobei Blume Widerstand zu leisten versuchte und mehrere Schüsse abgab, durch die ein Polizeiwachmann schwer verwundet wurde. Den Ermittlungen der Dresdener Polizei gelang es festzustellen, daß der Verbrecher für die Beteiligung an mehreren, bisher noch unaufgeklärten Raubmorden in Frage kam, die in den Jahren 1918 und 1919 an Berliner Geldbriefträgern verübt worden waren. Es gelang Blume zu überführen, und ihn zu dem Geständnis zu bringen, daß er am 3. September 1918 in der Spandauer Straße zu Berlin den Geldbriefträger Weber und die Zimmervermieterin Kühle, sowie am 2. Januar 1919 den Geldbriefträger Lange im Hotel Adlon ermordet und beraubt habe. Die Dresdener Polizei hat sich daraufhin sofort mit der Berliner Kriminalpolizei in Verbindung gesetzt und dieser von der Aufklärung jener Mordtaten Kenntnis gegeben. Die Angaben Blumes werden augenblicklich an Hand der demnächstigen Feststellungen durch die Berliner Polizei auf ihre Richtigkeit geprüft.

Die beiden Raubmorde, die damals unter gleichen Umständen in verhältnismäßig kurzer Zeit aufeinander folgten, hatten in Berlin großes Aufsehen erregt, um so mehr, als zu jener Zeit verschiedentlich Heberfälsche auf Geldbriefträger ausgeführt worden waren. Im ersten Fall hatten zwei Männer, die sich Gebrüder Stubenrauch nannten, in der Spandauer Straße bei der Zimmervermieterin Kühle ein Zimmer gemietet und durch fingierte Postanweisungen, die sie an sich selbst adressiert hatten, den Geldbriefträger Weber des Hauptpostamtes zu Bestellungen in ihre Wohnung veranlaßt. Als Weber wieder einmal zur Auszahlung einer Postanweisung das Zimmer der Gebrüder Stubenrauch aufsuchte, fielen beide in einem geeigneten Augenblick über den Beamten her und schrien ihm die Kehle durch. Um eine Entdeckung ihrer Tat zu verhindern, ermordeten sie dann auch die im Nebenzimmer sich aufhaltende Frau Kühle und verschwanden dann mit den erheblichen Gelddeträgen, die der Briefträger bei sich führte. Während noch die Nachforschungen nach den beiden Tätern andauerten, ereignete sich am 2. Januar 1919 ein zweiter, vollkommen ähnlicher Fall im Hotel Adlon. Hier hatte ein Herr, der sich v. Winterfeld nannte, ein Zimmer gemietet und dort ebenfalls mehrfach den Besuch eines Geldbriefträgers, namens Lange, empfangen, dem er regelmäßig Rahmungsarbeiten und Raubwaren zuzuführen pflegte. Eines Tages kehrte Lange von seinen Bestellungen nicht mehr nach dem Postamt zurück. Man suchte nach ihm und fand ihn schließlich im Hotel Adlon im Zimmer des angeblichen Herrn v. Winterfeld erschossen, an einen Stuhl gefesselt und mit einem Bettlaken zugedeckt vor. Der Mörder, der einen Rohplattentoffer zurüchließ, war mit dem Inhalt der Geldtasche verschwunden. Man nahm damals sofort an, daß es sich in beiden Fällen um denselben Täter handelte, doch blieben alle Nachforschungen, obgleich zahllose Spuren verfolgt wurden, erfolglos. Erst endlich scheint sich das Dunkel, das über diesen Bluttaten lag, durch die Verhaftung Blumes in Dresden aufzuhellen.

### v. Kühnes Haftentlassung abgelehnt.

Die Staatsanwaltschaft Potsdam hat die beantragte Haftentlassung des Hauptmanns v. Kühne wegen Verdunkelungsgefahr abermals abgelehnt. Ein neuer Reuge hat sich bei der Staatsanwaltschaft gemeldet, der Wahrnehmungen über diesen Fall gemacht haben will. Seine Vernehmung wird höchstwahrscheinlich heute erfolgen.

### Besuch aus Belgien und England.

Gegenwärtig weilen 23 belgische und einige englische Genossen in Berlin. Die belgischen Genossen sind zum Teil Namen und Schüler und Schülerinnen der Arbeiterhochschule in Brüssel, die gemeinsam von der belgischen Parteiorganisation, den Gewerkschaften und Genossenschaften unterhalten wird. Sie bleiben etwa eine Woche hier und wollen die Einrichtungen der Arbeiterbewegung in Berlin kennenlernen. Nachdem sie am Montag das Gewerkschaftshaus besichtigt und einen Vortrag über die Betriebsratschule hörten, besuchten sie gestern unser „Vorwärts“-Gebäude in der Lindenstraße. Die Genossen Dr. Braun, Weimann und Ebrecht machten ihnen ausführliche Mitteilungen über die Parteibewegung, das Arbeiterbildungswesen und die Arbeiterjugendbewegung und gaben bei dieser Gelegenheit auf zahlreiche Fragen unserer ausländischen Genossen Antwort. Im Anschluß daran wurden dann die zentralen Parteieinrichtungen besichtigt, ebenso die Vorwärtsbuchhandlung, unsere Redaktion und unser Druckereibetrieb. Besonders Vergnügen bereitete es den Gästen, den Abend „Vorwärts“ semestrisch aus der großen Rotationsmaschine zu entnehmen. Unsere ausländischen Gäste sind bisher außerordentlich befriedigt von dem bisher Gesehenen, insbesondere von den zum Teil musterartigen Einrichtungen der Arbeiterbewegung. Die nächsten Tage sind nach Besichtigungen einiger Verwaltungshäuser der Gewerkschaften, des Betriebes der Konsumgenossenschaft usw. vorgesehen. Wir hoffen sehr gern, daß unseren ausländischen Bruder-Genossen der kurze Aufenthalt in Berlin recht auf gefüllt und daß sie mit den besten Eindrücken versehen in ihre Heimat zurückkehren.

Im Jugendheim fand eine zwanglose Begrüßungsfeier statt, bei der die Arbeiterjugend das Programm bestritt. Genosse Timm hielt die Begrüßungsrede und gab einen Ueberblick der Arbeiterjugendbewegung in Berlin. Adolf Braun, der im Namen des Parteivorstandes sprach, betonte, daß es ihm eine große Genugtuung sei, so viele jugendliche Parteigenossen in diesem Kreise begrüßen zu dürfen. Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz, stets den internationalen Gedanken gepflegt zu haben. Im Hinblick auf die Internationale schloß er mit den Worten des großen Engländers Carlyle: Arbeiten und nicht verzweifeln.

Von den Gästen führte der Fräulein Guste de Wuyne in seiner Muttersprache aus, daß sie alle seien erstaunt über das, was sie in Deutschland gesehen haben. Keine Jugend sei so frei, wie die deutsche Arbeiterjugend es ist. Sein innigster Wunsch sei, daß diese Jugend blühen möge. Der Engländer Chivers redete in deutscher Sprache. In England kenne man solche Jugendorganisationen nicht, es sei daher nötig, dorthin einen neuen Geist zu tragen und solche Verhältnisse zu schaffen, wie man sie hier sehen habe.

Der Reichstagspräsident, Genosse Böbe, richtete dann einige Begrüßungsworte an die ausländischen Gäste. Er wies besonders darauf hin, daß das Bild des deutschen Volkes im Ausland durch die letzten Jahre getrübt und durch die Berichte der Globetrotter, die in den ersten Hotels absteigen, verzerrt ist. Um so mehr sei es zu begrüßen, wenn derart von Volk zu Volk, die Bande der Freundschaft geknüpft und immer inniger gefestigt werden.

Mit dem Gelingen der Internationale, die von den ausländischen Gästen in ihren Muttersprachen mitgeföhrt wurde, und einem beiseitigen Hoch auf die internationale Jugendbewegung, schloß der herzlich und erheben verlaufene Abend.

Der Stralauer Fischzug am 24. August. Nach einem Jahrzehnt sind die Stralauer Fischer aus ihrem Schloß wieder erwardt und werden vom 24. August ab den uralten Stralauer Fischzug abholen. Am Mittags um 10 Uhr beginnt in buntem Gepränge des historische Fischzug auf der See, und die Fischer werden sich alle Mühe geben, daß ihnen kein Fisch entgeht. Alles in allem verspricht der Stralauer Fischzug etwas Erquickliches und Erquickliches, so daß sich der Besuch Stralau in diesen Tagen lohnen wird.

Die Kronen verschwinden. Von den Spitzen der großen Flaggenstangen auf dem Reichstagsgebäude werden jetzt die Kronen abmontiert. Es ist das der Beginn der Entfernung von monarchistischen Emblemen an Staatsgebäuden. Nachdem das deutsche Volkshaus ernstlich damit anfing, wäre es Zeit, daß die übrigen Gebäude bald folgen. Insbesondere könnte die Post sich daran ein Beispiel nehmen und nun endlich einmal die Kronen darüber, daß monarchistische Insignien immer noch einige ihrer öffentlichen Anstalten zieren, verstummen lassen.

### Großes Eisenbahnunglück in Frankreich.

#### 40 Tote, 50 Verwundete.

Gestern morgen drei Uhr ereignete sich in der Nähe von Miraude in den Pyrenäen ein heftiger Zusammenstoß zweier Püßzüge, die auf dem Wege nach Lourdes begriffen waren. Die beiden Züge fuhren kurz hintereinander. Da der erste plötzlich zum Stillstand kam, erfolgte der Zusammenstoß der beiden Züge, wodurch sechs Wagen vollständig zermalmt wurden. Die Zahl der Toten wird auf 40, die der Verwundeten auf 50 geschätzt. Bis jetzt wurden 26 Leichen aus den Trümmern hervorgezogen. Ein Hilfszug ist von Auch abgegangen.

Cholera in Südslowenien. Eine Anzahl Cholerafälle sind infolge Einschleppung durch Matrosen in Südslowenien vorgekommen. Auch in Bakarst, Saloniki und Cattaro wurden Cholerafälle festgestellt.

Ein großer Brand ist in dem europäischen Geschäftsviertel von Hongkong ausgebrochen. Der Schaden ist beträchtlich.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis Berlin. Mittwoch, den 2. August, 7 Uhr, wichtige Versammlung der Parteikommission im Sekretariat, 1. Sekretär, 66. Erhöhen der Mitgliedschaften, 2. Sekretär, 66. Erhöhen der Mitgliedschaften, 3. Sekretär, 66. Erhöhen der Mitgliedschaften.
15. Kreis Friedrichshagen. Donnerstag, den 3. August, 8 Uhr, in Schmidt's Gesellschaftsraum, 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beratung der Anträge, 4. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag. Um 7 Uhr vorläufige Kreisvorstandssitzung.
16. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, den 4. August, 8 Uhr, Kreisvorstandssitzung mit dem Abteilungsleiter der Großen, Niederländerstraße, Berliner Str. 129.
17. Kreis Köpenick. Freitag, den 4. August, 8 Uhr, engere Vorstandssitzung. Um 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Schade, Adloner Str. 9.
18. Kreis Tempelhof. Freitag, den 4. August, 7 1/2 Uhr, Kreisvorstandssitzung in der Kaserne, Anla der 2. Gemeindefschule. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag.

### Heute, Mittwoch, den 2. August:

10. Ubr. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Behrendt, Stralauer Str. 24.
11. Ubr. 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Str. 10.

### Morgen, Donnerstag, den 3. August:

1. Ubr. 7 Uhr bei Spiegel, Adloner Str. 1, Aufnahmestunde der Parteileitung.
10. Ubr. 7 Uhr Funktionärsitzung bei H. Carl, Berliner Str. 66. Erhöhen der Funktionäre und Betriebsverwalterinnen. 1. Vorsitz, 2. Vorsitz, 3. Vorsitz, 4. Vorsitz, 5. Vorsitz, 6. Vorsitz, 7. Vorsitz, 8. Vorsitz, 9. Vorsitz, 10. Vorsitz, 11. Vorsitz, 12. Vorsitz, 13. Vorsitz, 14. Vorsitz, 15. Vorsitz, 16. Vorsitz, 17. Vorsitz, 18. Vorsitz, 19. Vorsitz, 20. Vorsitz, 21. Vorsitz, 22. Vorsitz, 23. Vorsitz, 24. Vorsitz, 25. Vorsitz, 26. Vorsitz, 27. Vorsitz, 28. Vorsitz, 29. Vorsitz, 30. Vorsitz, 31. Vorsitz, 32. Vorsitz, 33. Vorsitz, 34. Vorsitz, 35. Vorsitz, 36. Vorsitz, 37. Vorsitz, 38. Vorsitz, 39. Vorsitz, 40. Vorsitz, 41. Vorsitz, 42. Vorsitz, 43. Vorsitz, 44. Vorsitz, 45. Vorsitz, 46. Vorsitz, 47. Vorsitz, 48. Vorsitz, 49. Vorsitz, 50. Vorsitz, 51. Vorsitz, 52. Vorsitz, 53. Vorsitz, 54. Vorsitz, 55. Vorsitz, 56. Vorsitz, 57. Vorsitz, 58. Vorsitz, 59. Vorsitz, 60. Vorsitz, 61. Vorsitz, 62. Vorsitz, 63. Vorsitz, 64. Vorsitz, 65. Vorsitz, 66. Vorsitz, 67. Vorsitz, 68. Vorsitz, 69. Vorsitz, 70. Vorsitz, 71. Vorsitz, 72. Vorsitz, 73. Vorsitz, 74. Vorsitz, 75. Vorsitz, 76. Vorsitz, 77. Vorsitz, 78. Vorsitz, 79. Vorsitz, 80. Vorsitz, 81. Vorsitz, 82. Vorsitz, 83. Vorsitz, 84. Vorsitz, 85. Vorsitz, 86. Vorsitz, 87. Vorsitz, 88. Vorsitz, 89. Vorsitz, 90. Vorsitz, 91. Vorsitz, 92. Vorsitz, 93. Vorsitz, 94. Vorsitz, 95. Vorsitz, 96. Vorsitz, 97. Vorsitz, 98. Vorsitz, 99. Vorsitz, 100. Vorsitz.
11. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
12. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
13. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
14. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
15. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
16. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
17. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
18. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
19. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
20. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
21. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
22. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
23. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
24. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
25. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
26. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
27. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
28. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
29. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
30. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
31. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
32. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
33. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
34. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
35. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
36. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
37. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
38. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
39. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
40. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
41. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
42. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
43. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
44. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
45. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
46. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
47. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
48. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
49. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
50. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
51. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
52. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
53. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
54. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
55. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
56. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
57. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
58. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
59. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
60. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
61. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
62. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
63. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
64. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
65. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
66. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
67. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
68. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
69. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
70. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
71. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
72. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
73. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
74. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
75. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
76. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
77. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
78. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
79. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
80. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
81. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
82. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
83. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
84. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
85. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
86. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
87. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
88. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
89. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
90. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
91. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
92. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
93. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
94. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
95. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
96. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
97. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
98. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
99. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.
100. Ubr. 8 Uhr bei Wenzel, Dannew. 66. Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Stellungnahme zum Parteitag, 3. Diskussion, 4. Beratung der Anträge, 5. Aufstellen der Tagesordnung zum Parteitag.

### Arbeiter Sport.

#### 25 Jahre Arbeiter-Wassersport.

In diesem Jahre feiert der jetzt dem Arbeiter-Turn- und Sportbunde angegliederte Arbeiter-Schwimmerbund, (später Arbeiter-Wassersport-Verband (A.W.V.) genannt, sein 25jähriges Bestehen. Aus drei Groß-Berliner Vereinen mit etwa 100 Mitgliedern hat es zu über 800 Vereinen im ganzen Reich und fast 70000 Mitglieder gebracht und ist noch in ununterbrochener Entwicklung begriffen; ebenso sind seine sportlichen Leistungen gestiegen, was auf dem ersten Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig von einer ungeheuren Zuschauermenge besichtigt wurde. Zur Feier dieses Jubiläums findet am Sonntag, den 6. August, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Neuseeland“ am Rummelsburger See ein Sommerfest statt, das in der Form der ersten Bundesfeier veranstaltet ist (Konzert, Spezialitäten, Dauerchwimmen und sonstige wassersportliche Veranstaltungen). Alle ehemaligen, namentlich die Mitglieder aus den Gründungsjahren werden eingeladen, an unserem Jubiläumstage teilzunehmen. Da die Vereine des A.W.V. der Berliner Arbeiter-Sportvereine willige Rettungswachen bei Sommerfesten an Seen usw. gestellt haben, so wird auch diese am zahlreiche Beteiligung erjacht. Eintrittskarten sind an der Tageskasse zu haben.

### Erweiterung des Turnbetriebes im Osten Berlins.

In der Turnhalle Petersburger Str. 4 ist für junge Leute ab 17 Jahren eine Abwehrabteilung errichtet worden. Turnzeit: Freitag von 8-10 Uhr. Die Jugendlichen von 14-17 Jahren können in der gleichen Halle Dienstag und Sonnabend von 8-10 Uhr. Auch für Turnerinnen, Knaben und Mädchen, ist Turngelegenheit vorhanden. Die Genossen werden gebeten, die Jugendlichen auf obige Turngelegenheiten der freien Turnerschaft Groß-Berlin hinzuweisen.

Zum Festen der Turnabteilung veranstaltet der Bezirk Wedding der freien Turnerschaft Groß-Berlin am kommenden Sonntag ein Sommerfest in der Badhauserei, Chausseestr. 84. Anfang 8 Uhr. In Anbetracht des woblätigen Zwieswies wird die Arbeiterschaft des Nordens um zahlreiche Besuch gebeten.

### Sport.

#### Rennen zu Gropswald am Dienstag, den 1. August.

1. Rennen. 1. Roibart (Schneider), 2. Balaska (Dorow), 3. Seibard (Schulz). Tot: 55: 10, Platz: 18, 15, 10. Ferner liefen: Döber, Dittel II, Totila, Presta, Ronal Blue, Stodoch.
2. Rennen. 1. Bränella (v. Faltenhau), 2. Voel (v. Döllensberg). Tot: 55: 10, Platz: 15, 10. Ferner liefen: Ringen (gef.), Kapitalist (ausgebroschen).
3. Rennen. 1. Perdi (Winkler), 2. Dro (Zentzell), 3. Gnarista (Kulles). Tot: 70: 10, Platz: 22, 27, 21: 10. Ferner liefen: Hoone, Stie, Gehalind, Däome, Ritter Blaubart, Nachsee, Lutzward, Umado, Volmar II. Hainle.
4. Rennen. 1. Gehen (v. Döllensberg), 2. Luchter (Rittm. Braune), 3. Steg (Dr. Best). Tot: 99: 10, Platz: 30, 15: 10. Ferner liefen: Glattfeld, Heerabend.
5. Rennen. 1. Telloß (Lange), 2. Herzog (Bismarck), 3. Maral (Rohlfeld). Tot: 44: 10, Platz





# Hehe gegen die Reichsregierung.

Verbot des „Berliner Lokalanzeigers“ für drei Wochen.

Berlin, 1. August. (WTB.) Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, der Minister des Innern hat gemäß § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik den „Berliner Lokalanzeiger“ auf die Dauer von drei Wochen verboten. Das Verbot stützt sich auf den in der Morgenausgabe vom 1. August 1921 „Das kommende bayerische Kabinett“ erschienenen Artikel, in dem angebliche Bspredungen erörtert werden, die in einer Geheimnisung des Aktionsausschusses der Unabhängigen und Kommunisten im Berliner Gewerkschaftsbau in Anwesenheit von zwei Vertretern Sowjetrußlands stattgefunden haben sollen. Nach den Darlegungen eines dieser Vertreter habe sich die Reichsregierung entschlossen, die Rechte zu gewässern, eine Maßnahme, die notwendig sei, um die Revolution weiter treiben zu können. Das Gesetz zum Schutze der Republik sei eine siegreiche Etappe der vorwärtsschreitenden Weltrevolution. Es sei gelungen, Dr. Wirth davon zu überzeugen, daß nur die Bildung einer reinen Arbeiterregierung den Ausbruch der Konterrevolution verhindern könne.

Die Wiedergabe dieser Darlegungen enthält eine Beschimpfung der Mitglieder der Reichsregierung, insbesondere des Herrn Reichsanstalters und stellt eine öffentliche Herabwürdigung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform des Reiches im Sinne des § 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik dar.

## Der Staatsgerichtshof bestätigt ein Verbot Seberings.

Wie die P.P.N. von unterrichteter Seite erfahren, hat der auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik geschaffene Staatsgerichtshof in Leipzig in seiner ersten Sitzung am Dienstag, den 1. August, die Auflösung des „Bundes der Aufrechten“, die der preussische Innenminister Seering ausgesprochen und gegen die der Bund Beschwerde beim Staatsgerichtshof eingelegt hatte, seinerseits bestätigt, wodurch die Auflösung endgültig wird.

## Will Bayern einen Ausweg?

Antwort der bayerischen Regierung voraussichtlich Mittwoch abend.

München, 1. August. Die bayerische Regierung sucht einen Ausweg. Während gestern die Abreise des Ministerpräsidenten und des Innenministers in einem mittelparteilichen Kleinstadtblatt im Norden Bayerns als echte bayerische Geste gedeutet werden konnte, überläßt die „Staatszeitung“ heute dem Freiburger Staatsrechtslehrer Freiherrn v. Bieberstein das Wort zu einem Leitartikel, in dem angeführt wird:

Bayern war zum Erlaß der Ausnahmeverordnung befugt, das letzte Wort aber gebührt den Reichsorganen. Sobald der Reichspräsident die Verordnung außer Kraft setzt und die bayerische Regierung auf ihrem Standpunkt beharrt, würde sich Bayern einer Anfechtung gegen das Verfassungsrecht schuldig machen. Der Staatsgerichtshof ist der Ort, wo Bayern seine Beschwerde zu Gehör bringen könne. Er möge einen gerechten Ausgleich schaffen.

Im übrigen meidet die bürgerliche Presse übereinstimmend, daß eine ruhige Beurteilung der politischen Lage eingetreten sei und daß durch Besonnenheit auf beiden Seiten ein Ausgleich herbeigeführt werden müsse. Offenbar haben die ablehnenden Antworten der Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen auf die bayerischen Anbiederungsversuche sehr abkühlend gewirkt. Nun wird plöglich der Brief des Reichspräsidenten als eine Tat tatloster Vermittlung gepriesen. Die Antwort der bayerischen Regierung ist voraussichtlich morgen abend zu erwarten.

Sollte die Entwicklung der politischen Lage diese Richtung weiter einschlagen, so wird das Bestreben der Deutschnationalen, sich in den Besitz des Regierungsapparates zu setzen, voraussichtlich mit einem Mißerfolg enden. Welche Wege die Regierung Versuchenfeld einschlagen wird, um ohne die bayerische Mittelpartei weiter amtierend zu können, wird die nächste Zukunft zeigen.

Inzwischen mühten sich die Deutschnationalen weiter ab, die bayerische Regierung zu einem ablehnenden Standpunkt gegenüber dem Reich zu bringen. So verfallen die „Münchener Neuesten

berichtet Hermann Kadestock in der „Anschau“. Die sogenannten „pilzförmigen Körperchen“ der Insekten enthalten das Intelligenzorgan, und zwar ist das Intelligenzzentrum äußerlich ein mehr oder weniger umfangreicher Hügel, der durch eine von oben her einschneidende Furche in zwei Kuppen verlegt wird; im Innern dieser Kuppen befinden sich nun die an gestielte Pilze erinnernden, nach allen Richtungen nervenausstrahlenden Intelligenzorgane. Bei der Insekten die „Becher“ genannten Vertiefungen der Wespennest mit denen der Arbeitsbiene der Königin und der Drohne, so findet man, daß die Höhlung jener Becher in der genannten Reihenfolge immer flacher, die Wände immer dünner werden. Die Größe des Insekts braucht mit dem Umfang seines Intelligenzorgans durchaus nicht im parallelen Verhältnis zu stehen. Die Hornissen und die großen Holzbiene haben z. B. ein viel kleineres Gehirn als die Zwergbiene und die kleine Wespe. Auch die Form und Größe des Kopfes ist von keinem Einfluß auf die Größe des Gehirns und die Stelle, die das betreffende Tier in bezug auf seine Intelligenz einnimmt. Die Weibchen haben bei den Biene durchweg ein entwickelteres Gehirn als die Männchen, die sozial lebenden ein reicheres als die einzellebenden Arten. Hochinteressant ist es, wie der höhere oder niedere Grad der Vernetzung bei den sozialen Insekten sich in der Verfeinerung des Gehirns ausdrückt. Den ersten Platz nehmen in dieser Hinsicht nach den Forschungen des Freiburger Professors Armbruster die Hummeln ein, den zweiten die Wespen und den dritten die Honigbiene. Die Sozialstruktur ist bei den Honigbienen am weitesten vorgeschritten, und deshalb bleibt für die Entwicklung des Einzelintellektes wenig Raum. Bei den Wespen ist die Volkszahl bedeutend geringer, und für die individuelle Betätigung des einzelnen Tieres bleiben mehr Möglichkeiten. Bei den Hummeln aber finden wir die geringste Volkszahl, und hier werden ziemlich Ansprüche an die Betätigung des einzelnen Tieres gestellt. Deshalb ist ihr Gehirn am reichsten ausgebildet. Jedenfalls ist die Rangordnung, die nach dem Intelligenzorgan im Gehirn der Insekten aufgestellt worden ist, ein wichtiges Mittel, um unsere Kenntnisse vom Leben der Insekten zu vertiefen.

Der Reichspräsident bel den Gerhart Hauptmann-Festspielen. Reichspräsident Ebert wird sich am 12. August zur Teilnahme an den Gerhart-Hauptmann-Festspielen nach Breslau begeben und in der hundertjährigen der Aufführung des „Hilf! Ich Heil!“ heimkehren.

Am Großen Schauspielhaus wird ab 11. August Offenbachs „Orpheus“ wieder aufgeführt. Leders „Maschinenkärner“ werden demnach nur bis 30. August gespielt.

Die Völkerbundskommission für internationale geistige Arbeit hat am Dienstag im Generalsekretariat des Völkerbundes zum ersten Male zusammen. Anwesend waren zunächst Mitglieder mit Ausnahme des Brasilianer (Brasilien), der sich für dieses Mal entschuldigend hatte, oder an den Arbeiten der Kommission weiterhin teilnehmen wird. Die Kommission wählte zum Präsidenten Professor Bergien, Paris, und begann sogleich mit der Revision ihres Arbeitsplanes, der u. a. die Einberufung einer internationalen Unversitätskonferenz umfassen soll.

Antekette Zusammenkunft. Wie aus Wien gemeldet wird, hat die Kommission zum Studium der Frage der intellektuellen Zusammenarbeit heute im Sekretariat des Völkerbundes ihre erste Sitzung ab. Die Kommission setzte sich aus zwölf Mitgliedern zusammen, darunter zwei Frauen. Deutschland wird durch Einzeln vertreten sein.

Nachrichten“ auf den eigenartigen Gedanken, die verfassungsrechtliche Stellung Bayerns innerhalb des Reiches auf Kurt Eisner zurückzuführen, der den Freistaat Bayern in einem Augenblick schuf, als die deutsche Republik noch nicht bestanden habe. Aus dieser Tatsache verfuhr das Blatt die Hoheitsrechte Bayerns als Bundesstaat im alten Kaiserreich auf die Verfassung der deutschen Republik überzuweisen!

## Die bayerische Kabinettsitzung verlag.

München, 1. August. (WTB.) Der bayerische Ministerrat, der sich heute nachmittag mit der Feststellung der Antwort an den Reichspräsidenten befaßten sollte, wurde im letzten Augenblick abge sagt. Maßgebend hierfür dürfte gewesen sein, daß der Kultusminister bei der Abstimmung über seinen Etat im bayerischen Landtag anwesend sein wollte. Auch die übrigen Minister nahmen an der Landtagsitzung, in der außerdem kleinere Etats zur Abstimmung standen, teil. Der Ministerrat soll nunmehr, wie man hört, am Mittwoch stattfinden.

## Streik bei A. Wertheim.

Der Zentralverband der Angestellten stellt uns mit, daß es nicht möglich gewesen ist, bei der Firma Wertheim durch Verhandlungen die vorliegenden Differenzen aus der Welt zu schaffen. Deswegen wurde von den kaufmännischen Angestellten, Handelshilfs- und -facharbeitern der Streik beschlossen. Die Ausständigen treffen sich Mittwoch, den 2. August, morgens 8 1/2 Uhr, im Lehrervereinshaus und in den Sophienkälern.

Ein Kartell der „Maledrücken“. Eine Reihe von Wochenzeitungen, die sich seinerzeit angeblich den Kampf gegen den Bolschewismus zur Aufgabe gemacht hatten, in Wirklichkeit aber für den „nationalen“ Wiederaufbau Deutschlands, wie sie ihn auffassen, eintraten, haben sich in Hannover zu einer Vereinigung der Freien Nationalen Wochenzeitungen zusammengeschlossen. Am bekanntesten von ihnen sind das „Gewissen“ in Berlin, das „Freie Wort“ in Essen, die „Hamburger Worte“ und der „Westfälische Vorwärts“ und andere.

## Nationalitätenkampf um Schleswig?

Von Th. Stauning.

Unser Kopenhagener Mitarbeiter Richard Schwarz hat Gelegenheit, mit dem Führer der dänischen Sozialdemokratie Th. Stauning über die nord-schleswigsche Frage zu sprechen. Stauning war Mitglied jenes Ministeriums, das im Jahre 1920 auf Betreiben der Chauvinisten wegen Differenzen in der nord-schleswigschen Frage entlassen wurde. Wenn wir die nord-schleswigsche Frage in mancher Hinsicht auch aus einem anderen Gesichtswinkel heraus sehen als Genosse Stauning und es vor allem bedauern, wenn die dänische Krone auf dem verarmten deutschen Gebiet allzuoft ihren Glanz spielen läßt, so stimmen wir mit dem Führer unserer dänischen Bruderpartei doch vollkommen in dem Wunsch nach einem freundlichen Verhältnis an der Grenze überein. Deutschland und Dänemark vereinigt Blutverwandtschaft. Was für ein Wirrwirr, wenn ihre Volksgenossen an der Grenze um ein paar Kilometer Land hadern! Doch lassen wir Stauning selbst sprechen:

Das Verhältnis zwischen den Deutschen und Dänen, die jetzt in Nord-Schleswig — Sonderjylland — vereint leben, ist im allgemeinen sehr gut und freundschaftlich. Deswegen muß es als ebenso unheilvoll wie kurzzeitig bezeichnet werden, wenn gewisse nationalistische Kreise, sei es in Deutschland oder in Dänemark, die Vorstellung aufrecht zu erhalten versuchen, die Grenzregelung in Nord-Schleswig sei eine Ungerechtigkeit, gegen die eingekämpft werden müsse.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese sich fälschlich national nennende Agitation am härtesten von deutscher Seite entfaltet wird, obgleich es ein offenes Geheimnis ist, daß die Annexion von Nord-Schleswig im Jahre 1864 ein brutales Unrecht an dänischen Volke war. Ich bezweifle durchaus nicht, daß die dänischen Regierungen vor dem Jahre 1864 die deutschsprachige und deutschgesinnte Bevölkerung in Südschleswig und Holstein sehr unglücklich behandelt haben; auch war es unverständlich von der damaligen Regierung, zum Krieg zu schreiten. Das alles berechtigte aber — von einem wahren nationalen Standpunkt aus gesehen — den deutschen Uebergriff vom Jahre 1864, durch den dänische Gebiete weit über die Grenzen nationaler Notwendigkeit hinaus annektiert wurden, in keiner Weise. Heute ist in Uebereinstimmung mit dem durch die Abstimmung dokumentierten Volkswillen eine Grenze gezogen worden, die Deutschland im Jahre 1864 nicht hätte überschreiten sollen. Wer Frieden und Gerechtigkeit wünscht, sollte sich danach richten und alle schädliche nationalistische Agitation einstellen. Es gibt jetzt eine deutsche Minderzahl in den zu Dänemark gelegenen Gebieten, aber diese Minderzahl wird rücksichtsvoller behandelt als die Dänen im Jahre 1864. Sie wird keiner Zwangsherrschaft unterworfen werden, wie sie die dänischen Minderheiten aus der Römer-Zeit kannten. Sie wird volle, kulturelle und geistige Freiheit erhalten, und Geschlecht nach Geschlecht wird die deutsche Kultur bewahren können, falls dies mit den Wünschen dieser Bevölkerungsteile übereinstimmt.

Es ist sehr bezeichnend, daß die nationalistische Agitation vorzugsweise von jenen Kreisen ausgeht, die Schleswig-Holstein trotz des Willens der Bevölkerungsmehrheit im dänischen Gebiet als unteilbares Ganzes betrachten. Diese Agitation bringt viel Schaden. Sie macht nicht nur das Zusammenleben der beiden Nationalitäten in den Gebieten, wo man darauf angewiesen ist, zusammenzuleben, schwer, sondern sie läßt die dänischen Nationalisten in Flensburg, Nord-Schleswig und Dänemark ähnliche Ansprüche in der zweiten Zone (dem Flensburg-Gebiet) stellen, wo eine deutsche Majorität vorhanden ist. Ich betrachte es als ein Unglück, wenn eine solche Agitation auf beiden Seiten der Grenze getrieben wird. Die Sozialdemokratie in Dänemark hat denn auch von einem derartigen Treiben scharf Abstand genommen. Ich bin überzeugt, daß wir sehr wohl imstande sind, den dänischen Herrern den Dampf aus den Röhren zu nehmen, wenn man von deutscher Seite mit einer Agitation aufhört, deren Grundton es ist, daß die der Abstimmung gemäß festgesetzte Grenze wieder geändert werden muß.

Daß die verantwortlichen Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie bei den Verhandlungen die neue Grenze anerkannt und sich mit uns zusammen über die gegenseitig festzulegenden kulturellen Notwendigkeiten der Minoritäten verständigt haben, schätze ich sehr hoch ein. Es würde uns eine große Stütze im Kampfe gegen die dänischen Annexionskreise sein, wenn diese Anerkennung der Offenheit gegenüber von der sozialdemokratischen Presse festgehalten würde, denn gegen den Willen der deutschen Sozialdemokraten kann sich ein Unrecht wie das vom Jahre 1864 nicht wiederholen.

# Wirtschaft

## Preisdistatur am Eisenmarkt.

Jedesmal, wenn sich die Markt entwertet, versuchen inländische Interessenten Kreise daraus Nutzen zu ziehen, indem sie ihre Warenpreise der Geldentwertung anpassen. Der Kampf der Landwirtschaft um die freie Wirtschaft, das Schlagwort „Heran an die Weltmarktpreise“ in der Industrie — beide bedeuten letzten Endes nichts anderes als das Streben, die Valuta für sich in Anspruch zu nehmen. Man will eben Sondergewinne daraus ziehen, daß gewisse andere Waren die allgemeine Bewegung nicht so schnell mitmachen können, daß insbesondere die Löhne weit hinter der allgemeinen Geldentwertung herhinken. Infolge der allgemeinen Gesteigerung der Preise war bereits eine Teuerungswelle im Gange, die u. a. eine Preiserhöhung der Kohle, und zwar um 305 Mark je Tonne rheinisch-westfälischer Förderkohle, zur Folge hatte. Daraufhin ist eine Reihe weiterer Preiserhöhungen erfolgt, so u. a. für Kohleisen und für Stahlfabrikationsmittel. Gleichzeitig machte sich unter dem Druck der Valuta auch in denjenigen Industrien, die zum Bezuge von ausländischen Rohstoffen abhängen, eine Welle von Preissteigerungen geltend.

Jetzt hat auch der Stahlbund seine Richtpreise für Walzwerkzeugnisse neu festgesetzt. Die Tonne Stabeisen kostet danach jetzt 19 470 M. gegen 97 bis 99 M. vor dem Kriege. Der Stabeisenpreis ist also auf dem 191fachen Vorkriegswert angelangt. Die letzte Preiserhöhung war über Erwarten groß, sie betrug rund 8000 M. je Tonne, oder rund 40 Proz. des seit dem 20. Juni geltenden Preises. Es ist eine verlorene Liebesmühe, wenn der Stahlbund eine so ungeheure Preiserhöhung fälschlich zu begründen sucht und dabei zu allerlei Ausflüchten greift. Kein Faktor seiner Erzeugungskosten hat bisher diese Höhe erreicht, die Richtpreise bleiben weit dahinter zurück und die Löhne sind ebenfalls längst nicht in einem Ausmaße gestiegen, daß eine so überaus starke Steigerung der Preise gerechtfertigt wäre. Da die gesamte Industrie einen großen Mangel an Walzwerkzeugnissen hat, haben die Stahlindustriellen tatsächlich ein Monopol innerhalb Deutschlands, das sie ohne Rücksicht auf Arbeiter und Verbraucher ausnützen. Zwar hat der Stahlbund den Arbeitern in Besprechungen die Notwendigkeit der Preiserhöhung klarzumachen versucht. Es ist aber nicht gesagt, welche Mittel er dabei angewandt hat, um sie zu so weitgehenden Zugeständnissen zu bewegen.

Tatsächlich greifen die Eisen- und Stahlpreise der Entwicklung der Mark noch vor, und das ist nicht nur deshalb so bedenklich, weil damit die gesamte übrige Produktion und insbesondere auch die Versorgung der Eisenbahn mit Halbfabrikaten außerordentlich verteuert wird, sondern weil diese krankhafte Jagd nach der Valuta für die Konkurrenzfähigkeit der Eisenindustrie selbst auf dem Weltmarkt von schwerem Nachteil ist. Schon einmal in diesem Jahre mußte die deutsche Schwerindustrie es erleben, daß sie im Zustande von belgischen und französischen Exporteuren unterboten wurde. Damals waren auch die deutschen Arbeiter in der Lage, ausländisches Eisen zu verarbeiten. Jetzt sind die Werke der Schwerindustrie auf Monate hinaus voll beschäftigt. Sie haben es daher leicht, die Rauer des Hochschutzes, die der schlechte Marktstand darstellt, voll auf auszumühen, ganz gleichgültig, welche Folgen das auf dem übrigen Inlandmarkt nach sich zieht. Es ist ein Verfahren, das zum schärfsten Protest herausfordert.

Roch hat der Eisenwirtschaftsbund zu der Festsetzung der Eisen- und Stahlpreise keine Stellung genommen. Es ist dringend notwendig, daß er einberufen wird, und daß auch die Vertreter der Arbeiterschaft die Möglichkeit erhalten, sich zu dieser maßlosen Preistreiberi zu äußern. Alle Verluste, durch die Arbeitergesetzgebung die Preisstake anzupalten, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn man den organisierten Arbeiter der Sonditate widerspruchslos hinnimmt. Die Unternehmer der Schwerindustrie haben es verstanden, bei der Preisfestsetzung die gleichberechtigte Mitwirkung im Eisenwirtschaftsbund und berufenen Arbeitervertreter herbeizuführen, indem sie die Preise unter sich und nur nach Rücksprache mit Unternehmervertretern der Händler und Arbeiter festsetzen und so die Offenheit vor vollendete Tatsachen stellen. Unter diesen Umständen ist es geboten, daß das Reichswirtschaftsministerium endlich von seinem Recht, Höchstpreise für Eisen zu bestimmen, Gebrauch macht und zu ihrer Aufstellung die Vertreter der Arbeiterschaft mit heranzieht.

Bekämpfung der Preisstake auf dem Baumarkt. Am 24. Juli d. J. hat im Ministerium für Volkswohlfahrt mit Vertretern der gemeinnützigen Bauvereine, der Wohnungsfürsorgegesellschaften, der Gemeinden sowie mit Landtagsabgeordneten eine Beratung darüber stattgefunden, mit welchen Maßnahmen der durch die gegenwärtige Preisstake katastrophe geschaffenen Lage auf dem Baumarkt zu begegnen sei. Es fand wie der amtliche Preußische Pressedienst mittelst, eine eingehende Aussprache statt über die Frage der Erhöhung der Einzelpreise für die Bundesdarlehen sowie der Sätze für die Wohnungsbauabgabe. Eingehend wurde auch die Frage der Baustoffbeschaffung erörtert. Es wurde angeregt, eine umfassende Organisation der gemeinnützigen Verbraucher zu schaffen, die durch eigene Produktion von Baustoffen Einfluß auf die Preisbildung gewinnen soll. Aus der Versammlung wurde der Wunsch an die Regierung gerichtet, dahin zu wirken, daß dieser neu zu gründenden Verbraucherorganisation ein Kredit von einer halben Milliarde Mark zur Verfügung gestellt wird.

Die Kosten des Nahrungsmittelkaufmandes einer vierköpfigen Familie berechnet A. Calwer nach seiner bekannten Methode im Juni d. J. auf 1281,59 gegen 1092,94 im Mai d. J. Im Juni 1921 stellte sich die Indexziffer auf 351,55 M. Der Monat Juni hat nächst dem Monat April d. J. bisher die stärkste Steigerung der Lebensmittelpreise gebracht.

## Devisenkurse.

Die amtliche Kursstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	1. August		31. Juli	
	Käufer- (Weib-) Kurs	Verkäufer- (Männl-) Kurs	Käufer- (Weib-) Kurs	Verkäufer- (Männl-) Kurs
100 holländische Gulden . . . . .	24818.90	24881.10	25817.65	25882.85
1 argentinischer Papier-Peso . . . . .	233.20	233.80	244.67 1/2	245.33 1/2
100 belgische Frank . . . . .	4093.75	5006.25	5103.60	5116.40
100 norwegische Kronen . . . . .	10786.50	10813.50	11885.75	11414.25
100 dänische Kronen . . . . .	13682.85	13717.15	14292.10	14317.90
100 schwedische Kronen . . . . .	16679.16	16720.90	17403.20	17446.80
100 finnische Mark . . . . .	1328.30	1331.70	1398.25	1371.75
1 japanischer Yen . . . . .	—	—	317.00	318.00
100 italienische Lire . . . . .	2921.80	2928.70	3046.15	3033.85
1 Pfund Sterling . . . . .	2856.40	2963.60	2971.25	2978.75
1 Dollar . . . . .	643.19	644.81	609.16	670.84
100 französische Frank . . . . .	5203.85	6306.65	5398.20	5411.80
1 brasilianischer Milreis . . . . .	—	—	91.88	92.12
100 spanische Pesetas . . . . .	12259.65	12290.85	12694.10	12713.90
100 spanische Pesetas . . . . .	9987.50	10012.50	10327.05	10352.95
100 spanische Kronen (abgezt.) . . . . .	1.33	1.87	1.50 1/2	1.84 1/2
100 türkische Kronen . . . . .	1578.00	1582.00	1598.00	1600.00
100 ungarische Kronen . . . . .	81.88	81.44	81.21	81.29
100 ungarische Lema . . . . .	395.50	390.50	413.45	414.55

Die Ziffer 1/2 bedeutet, daß die Nachfrage nicht bei den notierten Kursen gedeckt werden konnte und daß das angebotene Material rationiert werden mußte.

100 Polen mark wurden etwa mit 9,75 M. bewertet.

# Gewerkschaftsbewegung

## Abrechnung mit der „Union“.

Die „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ — eine der wenigen Gewerkschaften in Deutschland, die formell der Roten Gewerkschafts-Internationale (Moskau) angeschlossen sind („Rote Fahne“ Nr. 345) — hat böse Tage. Denn nicht nur die „Bergarbeiter-Zeitung“ (vom 29. Juli) rechnet mit den „Gelsenkirchener Revolutionären“ gründlich ab, sondern selbst die „Rote Fahne“ vom Dienstagmorgen muß sich mit dieser ihr unbequemen Gesellschaft befassen.

Gelegentlich der jüngsten Lohnbewegung der Bergarbeiter wurden die Angehörigen des Bergarbeiterverbandes von der „Union“ als „Handlanger des Grubekapitals“ beschimpft, die mit den Zechenbesitzern die Achtstundenschiebung vereinbarten. Das von der „Union“ angebotene gemeinsame Vorgehen habe der Bergarbeiterverband abgelehnt. Demgegenüber stellt die „Bergarbeiter-Zeitung“ fest: Die „Union“ ist gar nicht an uns herantreten, konnte also diese blöde Antwort (die angeblich erteilt worden sei) auch nicht erhalten.

„Noch nie haben Organisationsleiter“ eine flagrantere Rolle gespielt als diese (die Gelsenkirchener Revolutionszentrale) jetzt. Sie sind hart gestraft.“ Ein Flugblatt haben sie fast wörtlich aus dem Mufus des Gewerkschafts übernommen. Die Kumpels aus den Betrieben, d. h. die „Handarbeiter“, haben das geistige Erzeugnis ihrer „Kopfarbeiter“, jenes Flugblatt über den Streik, nicht aussteilen, sondern einstampfen lassen. „Jahrelang predigten diese Leute den Kampf und als die Sache ernst wurde, begnügten sie sich mit Paroleausgaben. Vor lauter Parolen wuhnten die unionistischen Heeresangehörigen nicht, was sie machen sollten. Wie das kommunistische „Ruh-Echo“ feststellte, einigte sich selbst das große revolutionäre Hauptquartier in Gelsenkirchen auseinander, und nun gaben zwei Generalführer gegenseitige Parolen aus.“

Die „Rote Fahne“ macht zunächst den Vorbehalt, daß die der R.G.I. angeschlossenen Organisationen nicht als kommunistische Gewerkschaften bezeichnet werden können. Die R.G.I. verlange in ihrer bekannten Duldlosigkeit weder von den ihr beitretenen Organisationen noch von den einzelnen Mitgliedern die Anerkennung des kommunistischen Programms; sie stelle nur die Bedingung, daß diese auf dem Boden des Klassenkampfes stehen müssen. Auf diese Deklaration wird man gelegentlich einmal eingehen müssen. Zugegeben wird, daß das Gros der Unionisten zu einem großen Teil aus R.P.D.-Mitgliedern besteht. Bezüglich der Differenzen im Ruhrrevier sagt die „Rote Fahne“: „Die kommunistischen Parteifunktionäre und verschiedene Parteizeitungen nahmen mit Recht gegen die Haltung der Unionseitung Stellung, weil deren Taktik in trassem Widerspruch zum revolutionären Klassenkampf stand.“ Das gleichnamige Organ der „Union“ bringe deshalb (wie auch wegen der Angriffe von Maslow gegen die Berliner Unionisten in der „Roten Fahne“) einen von Beschimpfungen und Verleumdungen strotzenden Artikel, worin sie gegen die kommunistische Partei zu Felde zieht. Demgegenüber wird der Union bescheinigt, daß sie nicht nur der Bergarbeiterbewegung schwer geschadet, sondern auch den revolutionär gestimmten Teil der Arbeiterchaft und insbesondere die Kommunisten in schweren Mißkredit gebracht habe. Die „Union“ hat ferner trotz wiederholter Abmachungen mit der Partei auch in den Bezirken und Berufsgruppen, wo sie bisher keine Mitgliedschaft hatte, durch ihre Agitationsmethoden versucht, die revolutionär gestimmten Elemente aus den freien Gewerkschaften herauszugiehen und ihrer Organisation zuzuführen. Damit falle sie der kommunistischen Minierungsarbeit in den freien Gewerkschaften in den Arm und hemme die Revolutionierung der Arbeiterchaft. Damit kennzeichnet ziemlich genau die „Rote Fahne“ ihre eigene und die Zerstörungsarbeit ihrer Brüder in Moskau.

## Zum Tariffkampf der Buchbinder.

Seit dem Frühjahr 1920 besteht für das Buchbindergewerbe ein mit sechs Unternehmerverbänden, die sich zum Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen (Zpi) zusammengeschlossen haben, ein Reichstarif. Bezüglich der Arbeitszeit war bestimmt, daß sie wöchentlich 48 Stunden betragen soll. Jedoch sollen dort, wo kürzere Arbeitszeiten bestehen, diese nicht berührt werden. Eine weitere Vereinbarung betrafte, daß mit Zustimmung der gesetzlichen Arbeitgebervertretung die kürzeren Arbeitszeiten mit der 48stündigen Arbeitszeit in Uebereinstimmung gebracht werden können. In einer Reihe von Betrieben war der Versuch gemacht worden, die Arbeitszeit auf 48 Stunden zu erhöhen, doch scheiterten alle diese Bestrebungen der Unternehmer an dem entschlossenen Widerstande der Beschäftigten, die sich die seit dem Herbst 1918 bestehende 46-Stunden-Woche nicht wieder nehmen lassen wollten. In den Grohbuchbindereien in Berlin, Leipzig, Stuttgart und München, die dabei hauptsächlich in Betracht kommen, sind zwei Drittel Frauen beschäftigt und von den ganzen Selegschaften arbeiten rund 70 v. H. im Akkord, nach einem bis in alle Einzelheiten ausgeklügelten System. Die Arbeiterchaft sagte sich, und zwar nicht mit Unrecht, daß ihre Arbeitskraft in 48 Stunden so sehr ausgenutzt würde, daß durch eine Verlängerung um zwei Stunden die Woche eine Mehrleistung nicht zu erzielen sei.

Bei dem Ablauf des Reichstarifs machten die Arbeitgeber nun die Erneuerung des Tarifs mit aller Entschlossenheit, getreu der von den Deutschen Arbeitgeberverbänden ausgegebenen Parole, davon abhängig, daß die 48-Stunden-Woche rückhaltlos im Tarif vereinbart werde. Darüber kam es zum Bruch. Bei dem Ende Mai getroffenen Lohnabkommen war vereinbart worden, daß es bis zum 31. Juli Geltung haben solle, wobei beiderseits vorausgesetzt wurde, daß der

am 30. Juni ablaufende Gesamtvertrag wieder eine Erneuerung erfahren würde. Da jedoch eine Einigung über den Reichstarifvertrag nicht zu erlangen war, stellten sich die Arbeitnehmer auf den Standpunkt, daß damit auch das Lohnabkommen hinfällig geworden sei, weil es nur ein Bestandteil des Gesamtvertrages war. Der Arbeitgeberverband vertrat die gegenteilige Auffassung und gab die Weisung an seine Mitglieder aus, sich in keinem Falle vor dem 31. Juli auf Lohnverhandlungen einzulassen.

Aus dieser Situation heraus entwickelten sich nun in einer ganzen Reihe von Orten Lohnkämpfe, wobei etwa 16 000 Personen in den Streik traten. Die mehrfach angerufenen Schlichtungsausschüsse stellten sich teils auf den Standpunkt der Arbeitgeber, daß das Lohnabkommen über den Reichstarif hinaus bis zum 31. Juli Gültigkeit habe, teils vertraten sie die Auffassung der Arbeitnehmer, daß mit Ablauf des Hauptvertrages auch das auf diesem basierende Lohnabkommen hinfällig geworden sei.

Der Arbeitgeberverband gab nun die Weisung aus, daß seine Mitglieder die bei ihnen beschäftigten Arbeiter auffordern sollten, die Leitung des Buchbinderverbandes zu drängen, daß möglichst zentrale Verhandlungen über den Neuabschluss eines Tarifvertrages stattfinden sollen. Die Streiks, auch an den Orten, wo die Frage der Arbeitszeit keine Rolle spielte, hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Nachdem auch der Arbeitgeberverband dem Vorstand des Buchbinderverbandes gegenüber direkt die Geneigtheit ausgesprochen hatte, rasch neue Verhandlungen zu führen, traten beide Parteien am 18. Juli in Berlin zusammen. Da dabei weder eine Einigung über die Frage der Arbeitszeit noch über die des Lohnes zu erzielen war, so beschloßen die Arbeitnehmer, das Reichsarbeitsministerium anzurufen, um eine Entscheidung über die Lohnfrage herbeizuführen. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, vor dem Reichsarbeitsministerium zu erscheinen, verlangten aber gleichzeitig, daß die Frage der Arbeitszeit mit zur Entscheidung gestellt werde. Der daraufhin am 18. Juli unter dem Vorsth des Unterstaatssekretärs a. D. Dr. v. Roellendorf zusammengetretene Schlichtungsausschuß fällt nach eingehenden Verhandlungen folgenden Schiedspruch:

1. Der Schlichtungsausschuß hält nur die Streitfragen über Arbeitszeit und Lohnzulagen für eigl., wichtig und durchsichtig genug, um heute darüber zu entscheiden.

2. Mit sofortiger Wirkung und als Bestandteil des neu abzuschließenden Manteltarifs wird die regelmäßige Arbeitszeit von wöchentlich 48 Stunden allseits eingeführt. Als Abfindung für diejenigen Arbeitnehmer, welche bisher auf Grund der Ziffer 3 des Manteltarifs das Vorrecht kürzerer Arbeitszeit besaßen, wird die Differenz, sofern sie vom Arbeitgeber in Anspruch genommen wird, bis zum 30. September 1922 gemäß Ziffer 36 des Manteltarifs (betr. Ueberstunden) vergütet.

3. Für die Zeit vom 21. Juli bis 19. August 1922 werden die Spitzenlöhne (bisher 22,40 M.) um 8,50 M. erhöht. (Dieser Satz ist so zu verstehen, daß er der Spitzenlohnsteigerung für die Buchdrucker gemäß Abkommen vom 12. Juli 1922 annähernd entspricht.) Den Parteien bleibt es überlassen, die Stoffelung selbst zu vereinbaren. Die Zulage gemäß Ziffer 76 des Manteltarifs (betr. Spezialarbeiter) wird auf 1 M. bzw. 1/2 M. erhöht.

Beiden Parteien wird aufgegeben, sich bis zum 22. Juli 1922 über die Annahme bzw. Ablehnung dieses Schiedspruches dem Reichsarbeitsministerium gegenüber zu erklären.

Beide Parteien nahmen den Schiedspruch an und traten daraufhin zu weiteren Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages zusammen. Der neue Vertrag enthält nun die restlose Anerkennung der 48stündigen Arbeitszeit und einige weitere unwesentliche Veränderungen. Bezüglich der Löhne wurden Zulagen vereinbart, die sich in den sechs Ortsklassen an der Spitze staffeln zwischen 8,50 M. und 6,75 M. bei den Arbeitern und 4,80 M. und 3,60 M. bei den Arbeiterinnen, so daß sich die Spitzenlöhne der Arbeiter nunmehr bewegen zwischen 30,90 M. in Ortsklasse I und 24,45 M. in Ortsklasse VI. Bei den Frauen staffeln sich die Spitzenlöhne zwischen 17,85 M. in Ortsklasse I und 13,20 M. in Ortsklasse VI. Die neu festgesetzten Löhne haben Geltung vom 21. Juli bis einschließlich 19. August.

## Streikbeschluss der Hochbahner.

In der gestern vorgenommenen Abstimmung haben von 2900 Beschäftigten 2080 für den Streik und 329 dagegen gestimmt. Ungültig waren 55 Stimmen. Damit ist der Streik beschlossen.

## Betriebsräte.

Auf Beschluß des Zentralrats der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale findet am Montag, den 7. August 1922, nachm. 5 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, die

## Generalversammlung der Betriebsräte

mit der Tagesordnung: „Die politische Lage und Bayern“ statt.

Teilnahmeberechtigt an der Generalversammlung sind die gewählten Generalversammlungsdelegierten, der Zentralrat, sowie als Gäste die Gruppenräte und die Delegierten zur Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Kf.V.Bundes.

Besondere Einladungen ergehen nicht, und wir fordern deshalb die Delegierten der einzelnen Betriebe auf, dafür zu sorgen, daß die in ihren Betrieben tätigen Generalversammlungsdelegierten vollständig erscheinen. Ohne Delegiertenkarte, Betriebsrätearte und Verbandsbuch kein Zutritt!

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Wir weisen nochmals auf die Abstimmung über die Erhöhung des Sozialtarifs hin, die am Sonnabend in den bekannten Lokalen stattfindet. Zugleich verweisen wir auf die nachfolgende Versammlungsankündigung. Die Ortsverwaltung.

## Drohender Gemeindefahrer-Streik in der Niederlausitz.

Man schreibt uns vom Gauvorstand der Niederlausitz des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter:

Die Lohnverhandlungen der Gemeindefahrer mit dem Verbande der Niederlausitzer Städte für den Monat Juli werden trotz der Entscheidung der tariflichen Schiedsstellen eine Arbeitseinstellung in den Verbandstädten Rottbus, Spremberg, Forst, Sorau und Sommerfeld nicht mehr verhindern können. Die Arbeitnehmer waren bereit, den Spruch der Bezirksschiedsstelle Rottbus anzuerkennen, der Arbeitgeberverband hat diesen aber abgelehnt und die Zentralschiedsstelle zur Entscheidung angerufen. Durch die Entscheidung der Zentralschiedsstelle ist die Erhöhung der Stundenlöhne von 30 auf 25 Proz. herabgesetzt worden, dagegen ist die Kinderzulage erhöht worden.

Die Erhöhung der Kinderzulage war ebensowenig Forderung wie Streikobjekt zwischen den Tarifparteien. In der Niederlausitz kann man nicht von Kinderzulagen leben, sondern es müssen ausreichende Löhne gezahlt werden, damit die Existenzmöglichkeit und Arbeitsfähigkeit aufrechterhalten bleiben. Dies haben auch zwei Verbandstädte eingesehen, denn Spremberg und Forst haben ihren Arbeitern die Lohnsätze nach der Entscheidung der Bezirksschiedsstelle bereits vorschußweise ausgezahlt. Damit war jedoch die Notwendigkeit und Möglichkeit anerkannt worden.

Die Arbeiter sind nicht länger gewillt, unter der Uneinigkeit der Verbandstädte im Tarifgebiet zu leiden. Das Recht steht auf ihrer Seite, denn es bleiben die Löhne der Gemeindefahrer in der Niederlausitz weit hinter denen der Staatsarbeiter und auch denen ihrer Kollegen in den Kreisstädten zurück. Wenn nicht im letzten Augenblick noch soziale Einsicht Platz greift und eine Verständigung herbeigeführt wird, ist die Arbeitseinstellung unvermeidlich. Die lebenswichtigen Abteilungen der städtischen Betriebe werden von den Arbeitern weitergeführt werden, ein Eingreifen der Technischen Nothilfe ist daher unnötig und könnte eine Verständigung nur erschweren.

## Die Sache bei Kärger wird ärger.

Die Ausperrung resp. der Streik bei der Firma Kärger & Co. Werkzeugmaschinenfabrik, Berlin, Kraussstr. 52, dauert nun bereits vier Wochen. Erneute Verhandlungen scheiterten an dem Starrsinn des Herrn Kärger, der den Betriebsrat bei allen Gelegenheiten auszuklopfen verucht. Nach wie vor will er als Herr im Hause dabei bleiben, 57 Arbeiter zu mahregeln und das Zweifelhafte bei den Dreibern mit allen Mitteln durchzusetzen. Die Streikenden nahmen in einer stark besuchten Versammlung zu dieser Sachlage Stellung und wiesen die von wenig sozialem Verständnis zeugende Zumutung des Herrn Kärger in gebührender Abstimmung gegen wenige Stimmen erneut ab. Der Kampf geht weiter! Die Streikenden ersuchen ihre Arbeitsbrüder, sie in diesem Kampfe mit allen Mitteln zu unterstützen. Hoch die Solidarität!

## Gemeindefahrerstreik in Ostpreußen.

Seit gestern morgen streiken in Königsberg, Insterburg, Allenstein, Inp., Gumbinnen, Marienburg, Elbing und Braunsberg die städtischen Arbeiter wegen nicht bewilligter Lohnzulagen.

## Ende des Schiffsahrtstreiks in Hamburg.

Der deutsche Schiffsahrtstreik ist beendet. In sämtlichen Organisationen hat sich eine überwiegende Mehrheit für die Annahme des vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruches gefunden. Die Arbeit wird auf allen deutschen Schiffs am Dienstag wieder aufgenommen werden. Da die Werksbemannung der durch den Streik zurückgelegten Schiffe bereits am Montag zum Teil wieder erschienen war, haben am Dienstag einige Schiffe den Hafen von Hamburg verlassen können.

Eisenbahner! Am Freitag, den 4. August findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung aller im D.G.V. organisierten SPD-Eisenbahner mit folgender Tagesordnung statt: Die Bedeutung des Verbandstages in München und unsere Aufgaben. Genossen! In Anbetracht der gegenwärtigen Situation ist es Pflicht eines jeden, für einen guten Verlauf der Versammlung zu sorgen. Jetzt, da für gewillt seid, eure Einheitsorganisation vor einer Spaltung zu bewahren und den ehrlichen proletarischen Klassenkampf hochzuhalten. Daher gebe jeder ehrlich denkende Eisenbahner am 18. August die Stimme unseren Kandidaten. — Eisenbahner, erscheint in Massen. Partei- und Mitgliedsbuch legitimiert.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Mittwoch nachmittags 5 Uhr bei Braunmann, Raunmühl. 27. kombinierte Vertrauensmänner- und Betriebsräteversammlung aller Branchen. Tagesordnung: „Stellungnahme zum Sozialtarif“. Mittwoch nachmittags 5 Uhr Betriebsrätegeneralversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, Saal 4. Anträge hierzu müssen bis Freitag, den 4. August, in den Händen der Verwaltung sein.

Deutscher Futurarbeiterverband. Donnerstag 5 Uhr Versammlung aller Betriebsräte im Saal 10, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25.

Wärscher Eisenbahnerverband. Handelshilfsarbeiter und arbeiterinnen aus allen Betrieben des Textil-Grubhandels, der Lebensmittel-, des Holzmaterial-Grubhandels, der Kapfischerfabrikation, der Famen-Schürzen- und Unterrichtsabteilung. Donnerstag abend 8 1/2 Uhr in der Böhm-Bräuerei, Prenzlauer Allee 24. Vollversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnbewegung. — Handelshilfsarbeiter und arbeiterinnen aus allen Betrieben des Wärschhandels und der Wärschfabrikation: Donnerstag abend 7 Uhr bei Rauch, Wärschstr. 21. Vollversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnbewegung.

Verband der Papierverarbeiter. Schilbermacher: Freitag nachmittags 5 Uhr bei Wolfshäger, Halberstr. 21. Versammlung. Vollständiges Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Freitag abend 8 Uhr in des Schulstra. Niederlausitz, Bezirksgeneralversammlung des 15. Bezirks.

Veranst. für den Stadt. Zell. Franz Rißke. Berlin-Richterfeld; für Kärger: H. Giese. Berlin. — Verlags Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. — Druck: Verlags-Gesellschaft u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1. Seite 1 Seite.

**Mannoli**

★ « Klasse » ★ Suggestion ★